

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4669 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238.

Wittwoch, den 11. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Kolonialtreiber.

In Berlin versuchten in diesen Tagen die Mitglieder des deutschen Kolonialkongresses zum Fenster hinaus zu reden. Es trifft sich nicht gerade gut, daß der Kongress zu einer Zeit zusammentrat, in der das bisherige Begehren für unsere Kolonialpolitik, das im deutschen Volke etwa noch vorhanden gewesen sein mag, durch die bitteren Erfahrungen in Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika eine arge Abkühlung erfahren hat. Es war voranzusehen, daß in dieser unangenehmen Situation unsere Kolonialtreiber den Mund noch voller nehmen würden, als geschehen sein würde, wenn uns die Katastrophen in Afrika erspart geblieben wären. Sämtliche Redner des Kolonialkongresses boten denn auch alles auf, um die Mißstimmung des Volkes gegen die unglückselige Kolonialpolitik durch phrasenreiche Redensarten zu überbrücken.

Natürlich konnte es nicht fehlen, daß die Regierung den Kongress durch offizielle Ansprachen ehrte. Das Amt des Sprechers hatte Graf Posadowsky übernommen. Der Redner war ehrlich genug, zuzuerkennen, daß es den Anschein habe, als ob die traurigen Ereignisse in Afrika auf die koloniale Stimmung mancher Volksteile eine Rückwirkung ausgeübt hätten. Er meinte aber, daß bei nüchterner Beurteilung der Verhältnisse man von vornherein mit herben Erfahrungen und vielfachen Rückschlüssen rechnen müsse. Ein Volk, das sich „sein Ansehen im Rate der Völker“ erhalten wolle, müsse es vor allem verstehen, „auch in schweren Zeiten still und zähe durchzuhalten“. Er gebe der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen des Kongresses eine wertvolle Grundlage für die Erwägungen und Entschlüsse der verbündeten Regierungen bilden würden.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der demnachst verfloßene Kolonialdirektor Stübel. Für Deutschland, erklärte er, seien Kolonialpolitik und Kolonialpolitik eine dringende Notwendigkeit. Den Feinden der Kolonialpolitik, die den Grundgedanken aufstellten, Deutschland brauche keine Kolonien, müsse mit aller Entschiedenheit kräftig entgegengetreten werden. Er hoffe, daß die Verhandlungen des Kongresses dazu beitragen würden, den deutschen Kolonialbesitz zu befestigen, um die deutsche Kolonialpolitik wesentlich zu fördern.

Nachdem dergestalt die Regierung den Kolonialtreibern ihren Segen erteilt, wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Zunächst sprach Professor Helfferich, der ehemalige Beamte des Kolonialamtes und der künftige Vetter der anatolischen Bahn, über die Bedeutung der Kolonien für unsere Volkswirtschaft. Ein leistungsfähiger Kolonialbesitz sei ohne eine starke Flotte unmöglich. Nur eine Flotte, die auch einem überlegenen Gegner fürchtbare Wunden zu schlagen vermöge, könne Deutschland die Sicherheit geben, daß seine Konkurrenten der Versuchung widerstehen würden, das Schwert in die Waagschale des wirtschaftlichen Wettbewerbes zu werfen. Nur eine Entwicklung des Kolonialbesitzes werde es der deutschen Handelspolitik ermöglichen, sich auf die Dauer auch auf fremdem Boden erträgliche Bedingungen für einen friedlichen Wettbewerb zu sichern. Das Deutschland der Zukunft werde eine Kolonialmacht sein, oder es werde als wirtschaftliche und politische Weltmacht nicht existieren.

Es sei uns gestattet, schreibt dazu der „Vorwärts“, diesen phrasenhaften und bombastischen Darlegungen einige nüchternere Tatsachen entgegenzusetzen. Wenn Dr. Helfferich den deutschen Exporthandel auf 11,6 Milliarden beziffert und die Bedeutung unserer Kolonien für den Weltmarkt hervorhebt, so hätte er auch nicht verabsäumen dürfen, nähere Zahlen über unseren Kolonialhandel mitzuteilen. Der deutsche Gesamtexport mit unseren sämtlichen Kolonien hat aber zurzeit nur einen Wert von 32 Millionen Mark. Er beträgt also nicht mehr als den 360. Teil unseres gesamten Exportes. Daß ein solcher Kolonialhandel gegenüber dem deutschen Gesamtexport eine geradezu lächerliche Rolle spielt, liegt auf der Hand. Daß sich das Verhältnis im Laufe der Zeit wesentlich günstiger gestalten würde, ist nach dem Charakter unserer Kolonien nicht anzunehmen. Wenn also wirklich die andern Nationen dem deutschen Handel den Wettbewerb erschweren wollten, so würde unser Kolonialhandel als Ersatz für den verlorenen Handel mit den andern Nationen überhaupt nicht in Frage kommen. Zum Glück aber erörtern die von Dr. Helfferich heraufbeschworenen Gefahren für den deutschen Wettbewerb bei weitem nicht in dem behaupteten Maße. Die fremden Nationen, speziell England, können gar nicht daran denken, Deutschland vom Wettbewerb auf dem deutschen Markt selbst angewiesen zu lassen. Schon wiederholt haben wir nachgewiesen, daß Englands Export und der Export seiner Kolonien nach Deutschland größer ist als umgekehrt der deutsche Export nach England und seiner Kolonialbesitzungen. Wenn eine Gefahr für Deutschland entstehen kann, so nur dadurch, daß durch solche

bombastische kolonialpolitische Zukunftsprogramme, wie sie Helfferich entworfen hat, die andern Kolonialmächte sich bebroht fühlen können! Mit seinen gegenwärtigen Kolonien wird Deutschland in aller Zukunft keine Kolonialmacht werden. Wenn also Dr. Helfferich Deutschland zu einer Kolonialmacht entwickelt sehen will, so heißt das nichts andres, als daß die derzeitigen Kolonien an drei Nationen als Objekte des kolonialen Expansionsdranges Deutschlands in Frage kämen. Eine solche kolonialpolitische aber würde Deutschland in die verhängnisvollsten Konflikte mit den andern Kolonialmächten treiben.

Ja allen unsern Kolonien befinden sich in gesamt nicht mehr als 9000 Deutsche, und da die meisten Kolonien tropisches Klima besitzen, wird ihre weiße Bevölkerungszahl auch nicht nennenswert steigen. Höchstens in Südwestafrika werden sich einige tausend Viehzüchterfamilien ansiedeln können, für deren Erwerb aber auch das Deutsche Reich bereits mehrere hundert Millionen berappen mußte!

Urbaupt ist die ganze Kolonialpolitik das schlechteste Geschäft, das sich denken läßt. Nur eine Handvoll Deutsche vermögen in den Kolonien ihre Existenz zu finden. Der Handel mit Deutschland ist ein minimaler. Wohl aber kosten diese Kolonien uns unermeßliche Summen! So beträgt allein im Jahre 1905 der Reichszuschuß für die Kolonien nicht weniger als 113 Millionen Mark! Dieser Reichszuschuß wird aber noch bedeutend answellen durch die Summen, die uns der südwestafrikanische Krieg und wahrscheinlich auch der ostafrikanische Aufstand kosten wird.

Mit der Kolonialpolitik aber ist die Flottenpolitik unlösbar verknüpft. Die Milliarden, die uns unsere Flottenpolitik kostet, könnten gespart werden, wenn nicht unsere Kolonialphantasten der kindischen Illusion eines größeren überseeischen Deutschlands nachgingen. Wie aber die einleitenden Ansprachen der Regierungsvorleiter bewiesen, finden die abenteuerlichen Projekte unserer Kolonialpolitik bei der Regierung die eifrigste Förderung. Es ist deshalb Pflicht des deutschen Volkes, namentlich der deutschen Arbeiterklasse, die unsinnige Kolonialpolitik noch energischer als bisher zu bekämpfen!

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Münchener Klage. Die in Amsterdam erscheinende Zeitschrift „De Vrije Socialist“ teilt die Klage mit, die der in Köln verhaftete Domela Nieuwenhuis an den preussischen Minister des Innern gerichtet hat. Nieuwenhuis klagt das Polizeipräsidium in Köln der ungesetzlichen Freiheitsberaubung an und verlangt einen Schadenersatz. Der greise Gelehrte kennt die deutschen Machthaber nicht, sonst müßte ihm bekannt sein, daß bei ihnen der Grundsatz gilt: Gewalt geht vor Recht!

Die Liberalen behaupten immer, sie seien wahre Freunde des Wahlrechts. Wie es mit dieser Freundschaft bestellt ist, geht aus folgender, an den „Vorwärts“ gerichteten Bußschrift hervor: In Göttingen hat der Sozialdemokratische Verein an den Stadtmagistrat das Gesuch gerichtet, die Gemeindevahlen nach Bezirken vornehmen zu lassen, damit auch die Arbeiterklasse, die in einigen Bezirken die Mehrzahl der Bürger auf ihre Seite hat, eine Vertretung im Rathhause habe. Der liberale Magistrat lehnte die Bitte rundweg ab, er will die Arbeiter in der Gemeinde nicht mitreden lassen. In der verfloßenen harrischen Landtagswahl-Bewegung hat der Liberalismus als Hauptstücker seine Freundschaft für das „gerechteste aller Wahlsysteme“ ausgeworfen. Wie ernst es ihm damit ist, zeigt dieser Beschluß.

Bismarcks Muster. Herr Delcassé wandelt in Bismarcks Spuren. Als der große Otto von seinem kaiserlichen Herrn zum alten Eisen geworfen war, rächte er sich bekanntlich dadurch, daß er der Politik seines Nachfolgers alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereitet. Das Ständesystem jedoch leistete sich die alte Kabinettsliste, als sie in einer Selbstverblendung die Doppelsüchtigkeit der eigenen Politik preisgab und das Geheimnis von der „Rückversicherung“ mit Rußland gegen Österreich löstete. Er gebachte damit seinen Nachfolger im Amte zu schädigen, er schädigte jedoch nur sich selber. Dieses Vorgehen Bismarcks war ohne Frage „hochverrät“, denn er gab ein Staatsgeheimnis preis, das zu bewahren im lebhaftesten Interesse der regierenden Clique Deutschlands lag. Allein kein Staatsanwalt rührte sich damals, und bei unsern zünftigen Bismarckanbetern hat dieser Heldenreich natürlich nicht im geringsten das ständische Substrat des Säcularmenschen zu trüben vermocht. Jetzt hat Bismarck einen Nachfolger erhalten. Die neueste Nummer des Pariser „Matin“ enthält einen Artikel, der nur von Herrn Delcassé, dem abgefärgten Vertrauensmann des jaubimistischen Kleinbürgertums im Ministerium herühren kann. Genau so, wie damals Bismarck, sucht auch er seinen Nachfolger im Amte, Herrn Rouvier,

das Leben schwer zu machen, und ihm besonders bei der Absicht, mit der deutschen Diplomatie über die Marokkofrage zur Einigung zu kommen, immer neue Steine in den Weg zu rollen. Der Artikel enthält die Schilderung der Szenen in jener Kabinettsitzung vom 4. Juni d. J., die zu Delcassés Sturz führte. In jenem Ministerrat, so wird erzählt, erklärte Delcassé, daß er von englischer Seite die vorläufige mündliche Zusage besäße, Frankreich in einem Kriege gegen das angreifende Deutschland durch Beschlagnahme des Kaiser-Wilhelm-Kanals und Befreiung von Schleswig-Holstein mit 100 000 Mann beizustehen. Dieses Versprechen sei später mit dem Anerbieten schriftlicher Fixierung erneuert worden. — Ferner schließt der Artikel, wie Rouvier in jenem Ministerrat zu Delcassé gesagt habe: „Sie haben eine zu stark antideutsche Politik getrieben, Sie haben Spanien von Deutschland losgerissen, England für Frankreich gewonnen, Italien abgefißt.“ — Hier hätte Delcassé sich entrüstet erhoben und ausgerufen: „Entschuldigen Sie, ich habe als Minister Frankreichs gehandelt; die Interessen Deutschlands zu wahren, lag außerhalb meiner Aufgabe.“ Die nächsten Tage werden ja lehren, ob in jener Sitzung Herr Delcassé nicht ein wenig gestundet oder wenigstens mündliche, d. h. völlig unverbindliche „Versprechungen“ in ihrer Wertlosigkeit völlig verkannt hat. Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß ein solcher Verantwortung sich bewußter englischer Staatsmann sich in derartigen abertuerlichen Plänen gefallen sollte, wie sie der „Matin“-Artikel der englischen Politik zuschreibt. Nicht etwa, daß wir dem Kabinett von St. James sonderliche moralische Strupel zutrauten — in dieser Hinsicht sind die politischen Geschäftsträger aller kapitalistischen Staaten einander gleich —, sondern weil wir die englische Politik für viel zu vorsichtig und behutsam halten, ohne Not einen Streich zu hegen, dessen Wirkung der Weltkrieg wäre. Unseren patriotischen Brüllaffen in Stadt und Land wird die „Entfällung“ Delcassés ein gesundes Freudenbieten.

Wie wir vorausgesagt hatten Noch sind die im letzten Winter vom Reichstage inkorporierten sogenannten Handelsverträge, die man mit Recht als Verträge gegen den Handel charakterisiert hat, nicht in Kraft getreten, aber jetzt schon lassen sich wenigstens annähernd die Wirkungen erkennen, die diese Verträge auf die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterklasse ausüben werden. Alles das trifft buchstäblich ein, was die sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in den beiden Dezemberberichten des Jahres 1902 immer von neuem vorausgesagt hatten. Die parlamentarischen Vertreter der Industrie ließen damals die Sozialdemokratie in ihrem Diskussionsfeldzuge schmählich in Stich und halfen den Agrariern ihren Haub in Sicherheit zu bringen. Man könnte heute, wo aus das dicke Erbe nachkommt, den bürgerlichen Klassen diese Strafe für ihre Zimmerhaftigkeit von damals schon gönnen — wenn es nicht auch diesmal wieder die Arbeiterklasse wäre, die unter den Folgen jenes bürgerlichen Verrats am Schwert zu leiden hat.

Wir haben wiederholt Stimmen aus Unternehmerkreisen wiedergegeben, die die schon jetzt erkennbaren Folgen der Mißhandelsvertragspolitik schildern. Heute seien diesen Stimmen einige neue gleichartige Äußerungen hinzugefügt.

Die Dresdener Handelskammer schreibt in ihrem Jahresbericht über das Jahr 1904:

„Neu sind . . . die einzelnen Vertragstarife. Gerade diese sind aber keineswegs nach den Wünschen ausgefallen, die von Industrie und Handel Deutschlands in zahllosen Eingaben mit ausführlichster Begründung den maßgebenden Stellen vorgebracht worden waren. Das Gesamturteil muß schon jetzt dahin gehen, daß die Wünsche der Industrie und des Handels den Interessen der Landwirtschaft zum Opfer gebracht worden sind.“

In neuesten Jahresbericht der Handelskammer Kon-

stanz heißt es: „Vorder hat sich nach Veröffentlichung der Handelsverträge gezeigt, daß die wenigsten Anträge der Handelskammer volle Berücksichtigung gefunden haben. Haupt-sächlich der Handelsvertrag mit der Schweiz ist ungünstiger ausgefallen als beabsichtigt wurde, so daß Handel und Industrie des Reiches Konstant, die auf rege Geschäftsverbindungen mit der Schweiz angewiesen sind, schwere Schädigungen zu gewärtigen haben. Die Mehrzahl der Zollsätze auf die Artikel, deren Ausfuhr aus dem Kammerbezirk nach der Schweiz einen größeren Umfang angenommen hat, ist auf einer Höhe belassen worden, welche den Export entweder geradezu zur Unmöglichkeit macht, oder ihn wesentlich einschränkt. Beispielsweise wurden gegenüber den bisherigen Zollätzen erhöht die Zölle auf Schuhe und Pantoffeln, welche bisher je nach den Bestandteilen 30–100 Frank betragen, auf 40–150 Frank. Sogenannte Kleinfußschuhe, welche in größeren Mengen nach der Schweiz verkauft werden, erfahren eine Zollverhöhung von 30 auf 50 Frank bei 100 Kilogramm. Ebenso ist es auch mit den Kochmöbeln, deren Zollsatz von 5, 10

und 12 auf 15 Frank erhöht wurde. Die Zölle auf bedruckte Papiere, Kartons und auf Pappen haben eine beträchtliche Erhöhung erfahren, daß die Ausfuhr dieser Artikel nach der Schweiz kaum mehr möglich sein wird.

Die Folge dieser Zollerhöhungen ist die Verdrängung eines Teils unserer Industrie und unseres Handels nach der nahen Schweiz. Eine Raffineriefabrik hat ihren Betrieb schon nach der Schweiz verlegt. Eine Korsettfabrik wird folgen und eine mechanische Strumpfwarenfabrik ist von einer Konstanzer Firma in Kreuzlingen eröffnet worden. Nach Zerkleinerung des neuen Zolltarifs werden noch verschiedene Geschäfte, deren Inhaber bis jetzt die Folgen der Zollerhöhungen noch gar nicht in Erwägung gezogen haben, entweder nach der Schweiz übersiedeln oder dort Filialgeschäfte errichten. Sehr bezeichnend ist, daß von dem mit Konstanz direkt zusammenhängenden Schweizer Orten Kreuzlingen und Gamsbrugg fortwährend für industrielle Unternehmungen geeignete Bauplätze mit dem Hinweis auf die neuen Handelsverträge zum Kauf angeboten werden.

Nicht viel günstiger wie mit der Schweiz ist der Handelsvertrag mit Ostpreußen ausgefallen, an dem unser Kammerbevollmächtigter ein besonderes Interesse hat. Auch er bringt beträchtliche Zollerhöhungen, die den bisherigen Abfall dortina wesentlich schmälern werden.

In der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrien Deutschlands, die unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Dr. Holz in Heidelberg stattfand, führte der Generalsekretär Dr. Brauer u. a. folgendes aus: Ueber sei festzustellen, daß die neuen Verträge der chemischen Industrie eine große Reihe sehr bedeutender Ersparnisse und Schädigungen bringen werden, denen gegenüber die durch sie gewährten Vorteile kaum ins Gewicht fallen könnten. Die durch die Verträge bedingten Änderungen der Zollsätze würden eine Reihe von Branchen so die Fabrikation von Bleifarben und von pharmazeutischen Produkten sowie die Leinwandindustrie besonders schwer treffen und teilweise zur Errichtung von Filialbetrieben im Ausland zwingen.

Fabrikdirektor Dr. Oppenheim bestätigte die Klage des Berichterstatters über die empfindliche Schädigung, die die deutsche chemische Industrie durch die abgeschlossenen Handelsverträge erleide, und die sie nötigen werde, einen großen Teil ihrer Fabrikation ins Ausland zu verlegen.

Herr v. Podbielski hat seinen Romintener Aufenthalt nach den Versicherungen seiner Bekannten gut überstanden und läßt es sich auf seinem ländlichen Anwesen gefallen, daß ihn die Person des Königs bed. Früher dachte man anders; damals war es üblich, daß der Minister den König bed. Das ist wohl auch nach konstitutionellem Brauch allein zulässig. Aber in diesen Tagen, wo alle staatsrechtlichen Bedenke umgeschmolzen werden, scheinen es auch die Minister für bequem zu erachten, den König als Schutzwand zu gebrauchen. Wenigstens haben wir — so schreibt selbst Herr v. Podbielski — noch nichts davon gehört, daß Herr v. Podbielski sich gegen die Behauptung seiner Presse gewehrt habe, daß er sich in Romintener „Zustimmung des Monarchen“ vergewissert habe und daß er fester als je im Sattel sitze. Daß er damit die Zustimmung des Volks über die Fleischnot auf den König lenkt, dafür scheint er keine Empfindung zu haben. Unter diesen Umständen ist es gut, wenn Herr v. Podbielski daran zu erinnern, was er über die Fleischnot behauptet hat, und mit seinen Behauptungen die wirklichen Zustände in Parallele zu stellen. Die „Deutsche Fleischzeitung“ hat sich dieser Aufgabe unterzogen, indem sie an Herrn v. Podbielski folgenden „offenen Brief“ richtete:

„Herr v. Podbielski haben am 11. August erklärt, daß die damals herrschende Fleischnot, vor allem der Mangel an guten Schlachttieren, in vier bis fünf Wochen beendet sein würde. Seit dieser Zeit sind nun heute neun Wochen verstrichen und die Voraussage Herr v. Podbielski hat sich nicht erfüllt, im Gegenteil haben alle großen Schlachtmärkte in Deutschland den Beweis gegeben, daß die von Herr v. Podbielski ausgesprochene Annahme: die Fleischnot würde in vier bis fünf Wochen beendet sein — ein Irrtum gewesen ist. Auf dem Berliner Viehmärkte am 12. August war die Preisnotierung für Schweine 68 Mk. Am Mittwoch, den 4. Oktober, dagegen 71 Mark; in Wahrheit aber herrschte ein solcher Mangel an nur einigermaßen schlachtbarer Ware, daß innerhalb einer halben Stunde diese Qualität zu Preisen bis 78 Mark pro 100 Pfund ausverkauft war. Ferner wurden gute Mastläufer bis 96 Pfennig pro Pfund Schlachtgewicht bezahlt. Auch der heutige Sennabermärkte zeigte dasselbe Bild; es wurden sogar bis 80 Mark für ausgewählte Rinder gefordert. Diese unüberlegbaren Tatsachen geben den unumstößlichen Beweis, daß Herr v. Podbielski in Bezug auf die Befähigung der deutschen Landwirtschaft am 11. August sich im Irrtum befinden haben. Ein solcher Irrtum ist aber für die Ernährung, für die Industrie und das Wohlbefinden von vielen Hunderttausenden von Menschen nicht nur verhängnisvoll, sondern von unabsehbarer Tragweite. Möchten daher Herr v. Podbielski auf das schnellste alle die Maßnahmen treffen, welche erforderlich sind, Ihren Irrtum vom 11. August zurückzurufen.“

Je gründlicher die Sache der Dinge würde eine solche Gegenüberstellung von Behauptungen und Tatsachen genügen, denn Herr v. Podbielski hat von seiner Unfähigkeit zu überzeugen. Bei Herrn v. Podbielski ist das nicht der Fall; er hat ja die „Zustimmung des Monarchen“ in der Tasche.

Die Gefahr der Tabaksteuer. Nach dem die Reichsfinanzkommission der Herr v. Stengel in Romintener geführt wird und darüber bereits gerichtet und geschrieben worden ist. Und noch darüber ist, was hinsichtlich der Bundesrat aus den vorliegenden Stengel werden wird. Was tritt aber immer deutlicher zutage: Auf dem Tabak hat man es abgesehen. Das Programm Stengel soll zwar nur einen geringen Betrag einer Verringerung der höchsten Zölle enthalten, das ist aber offenbar nur Verharmlosung. Man will das Volk auch und nach an den Scheitern der Tabaksteuer gewöhnen. Darauf läßt sich eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister in Berlin hören. Die

genannte Zeitung berichtet darüber folgendes: „Auf die Frage, ob beabsichtigt werde, aus dem Tabak eine höhere Einnahme zu erzielen und welcher Art die Vorlage sein würde, antwortete der Minister ausweichend, es beabsichtige man mancherlei Steuerpläne, indes verbiete ihm das Amtsgeheimnis, sich über den einen oder anderen Plan ausführlicher zu äußern. Der Herausgeber des Blattes betonte, daß das heutige Tabakgesetz nicht auf Rosen gebettet sei; es werde allgemein über schlechte Geschäfte geklagt. Der Staatssekretär meinte, ein jeder sehe wohl ein, daß dem Reich größere Einnahmen werden müßten, aber komme man zu dem einzelnen Tabak und Branntwein, um sich zu informieren, so wendet man sich nach besten Kräften. Im weiteren Verlauf der Unterredung erklärte der Minister auf Anfrage, daß das Reichsfinanzamt allerdings vor einiger Zeit mit den Inhabern einzelner Firmen in der Tabakbranche in Verbindung getreten sei. Zum Kapitel „Zugussfabriksteuer“ und der Zollerhöhung für ausländische Zigaretten bemerkte der Staatssekretär, es sei nicht zu verkennen, daß die deutsche Zigarettenindustrie in ihrer Entwicklung große Schritte vorwärts getan habe, wenn auch der Import ausländischer Fabrikate beachtenswert geblieben sei. Die Sicherung der Einfuhr der Zigaretten sei also jedenfalls nicht in dem Maße vor sich gegangen, daß die deutsche Zigarettenindustrie dadurch empfindlich benachteiligt sei. Dies ist selbstredend eine ganz private Meinung. Es würden übrigens im Reichsfinanzamt neuerdings Erhebungen über den Umfang der Zigarettenindustrie angestellt. Auf die Zwischenfrage, ob wohl auf eine Vorlage betreffs der verbleibenden Zigarettenfabriksteuer zu rechnen sei, antwortete der Minister nur, daß Amtsgeheimnis verbiete ihm, sich darüber zu äußern. Der Herausgeber des „Ber. Tab.-Ztg.“ hatte am Schluß der Unterredung den Eindruck, daß eine Tabaksteuer Vorlage sicher eingebracht werden werde und daß, wenn die Regierung nicht auf die seine oder andere Weise zum Ziel gelange, mindestens die deutsche Zigarettenindustrie daran werde glauben müssen.“ — Der Herausgeber des „Ber. Tabakzeitungen“ ist also mit einem sehr ungünstigen Eindruck nach Hause gegangen. Die Unbestimmtheit, mit der Herr v. Stengel ausgebrütet hat, läßt allerdings Vermutungen zu, nur auf nichts Günstiges kann man schließen. Denn im andern Falle, wenn der Reichsfinanzminister etwas zur Berichtigung der Tabakindustrie hätte sagen können, hätte er's sicher getan. Er hat auch keine Erklärung abgegeben, daß man sich auf eine Verringerung der Zigarettensteuer beschränken wolle. Er hat eine solche Erklärung auch noch gar nicht abgegeben, weil er selbst nicht weiß, was aus seinen Projekten wird. Vielleicht plant jetzt Herr v. Stengel vorerst noch keine Generalschädigung des Tabaks. Die Sache steht aber so: Die Erbschaftsteuer wird auf entschiedenen Widerstand im Bundesrat und noch mehr im Reichstage stoßen. Entweder sie geht unter parlamentarischen Sonderinteressen und den egoistischen Instinkten der bestehenden Klassen, die im Reichstage den Ausschlag geben, ganz unter oder sie wird so veräußert, daß ein halbwegs ausreichendes Ergebnis nicht zu erwarten ist. In dem Maße, wie die Ausschichten auf eine ertragreiche Erbschaftsteuer schwinden, wächst die Besteuerungsgesfahr für den Tabak und die Tabakindustrie. Macht man ihm die Erbschaftsteuer zu Wasser, wird sich Stengel an den Tabak halten. Und hier wird er im Bundesrat kaum Widerstand finden. Wie er im Reichstage dabei fähig, hängt zum guten Teil davon ab, wie das Volk eine Schöpfung des Tabaks ansieht. Jedenfalls haben wir, besonders aber die Tabakarbeiter, alle Veranlassung, die Augen offen zu halten und gegebenen Falles energig gegen irrtümliche und volksfeindliche Steuerpläne zu protestieren.

Ein Dementi. Das Wort Wilhelms II. von der „vollen Kompostkammer“ ist „erfunden“; so berichtet nicht etwa der „Reichsanzeiger“, auch nicht einmal die „Norddeutsche Allg. Ztg.“, sondern — die „Tägl. Rundschau“. Der Ort, an dem dies Dementi erfolgt, die Art, in der es abbracht wird, und die lange Zeit, die man zwischen der Meldung jenes Wortes durch die Presse und dieser Abfertigung verstreichen ließ, reden eine deutliche Sprache. Man hält es an amtlicher Stelle anscheinend für höchst belanglos, wie im Grunde über die Stellung des Kaisers zur Sozialpolitik geurteilt wird. Daß das Dementi selbst ganz wertlos ist, versteht sich von selbst. Die Hintertrepperverbindungen des Hintertreppensjournalisten Herden sind weiß sehr zuverlässig.

Gegen die geplanten Tabaksteuererhöhungen, sowie gegen jede Rehabilitierung des Tabaks protestierte die gegenwärtig in Leipzig tagende 12. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Ueber die bayerischen Landtagswahlen von Juli dieses Jahres ist jetzt die amtliche Statistik erschienen. Sie gibt in übersichtlicher Weise Aufschluß über die Stärke der sieben politischen Parteien, wie sie bei den jüngsten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist. Dies geschieht in einer Tabelle, worin die im ersten Wahlgange der Urwahlen abgegebenen Stimmen, nach der Priorität geordnet, zusammengestellt sind. Danach ergibt sich im ganzen Folgendes:

| | | |
|---|-----------|-----|
| das Zentrum | 1 113 897 | St. |
| die Liberalen | 655 808 | „ |
| den Bauernbund und den Bund der Landwirte | 224 386 | „ |
| die Konservativen | 29 308 | „ |
| die Demokraten | 15 529 | „ |
| die Sozialdemokraten | 463 789 | „ |
| nachbestimmt und zerstückelt waren | 52 038 | „ |

Auf hundert abgegebene Stimmen kamen demnach 43,6 für das Zentrum, 26,3 für die Liberalen und Demokraten, 9,9 für die Bauernbunden, die Bauernbündler und den Bund der Landwirte, 1,81 für die Sozialdemokraten. — Bei einer durchschnittlichen Beteiligung von 157 Mandaten das Zentrum 70, die Liberalen 42 die Sozialdemokraten 29 und die konservativen Gruppen 16 ergabien müssen. Statt dessen hat das Zentrum allein mit 102 die Zweidrittelmehrheit, obwohl es noch nicht einmal die Hälfte der Wähler hinter sich hat. Das Wahlergebnis wird auch nicht unwichtig erklärt durch die Bemerkung in dem Bericht, daß die Sozialdemokraten außer einem ihrer Kandidaten auf die Zahl der den Parteien angehörenden Wähler, also die Stärke dieser Parteien gemessen, weil jeder Wähler sein Stimmrecht nicht bloß einfach, sondern für drei bis sieben

Wahlmänner abzugeben hat. Der Widerstand des indirekten Wahlsystems zeigt sich auch in diesen Zahlen.

Ueber den Stand der Strafprozessreform machte bei Beginn der gestrigen Schwurgerichtsperiode in Rom an der Vorlesung. Oberlandesgerichtsrat Seiffarth, bemerkenswerte Mitteilungen. Nach denselben hat die Justizkommission vorgeschlagen: Es sollen kleine, mittlere und große Schwurgerichte gebildet werden. Entschieden sei noch nicht, ob die Einrichtung des Schwurgerichts oder die Schwurgerichte vorzuziehen werden solle. Die Zahl der Richter soll größer sein als die der Berufsrichter. Die Schwurgerichte, die die jetzigen Schwurgerichte ersetzen, sollen aus drei Berufs- und sechs Laienrichtern bestehen. — Es bleibt abzuwarten, ob diese Reform gegenüber den heutigen Zuständen eine Verbesserung darstellen wird und ob man insbesondere fortan auch Arbeiter zum Richteramt beruft.

Rußland.

Zu blutigen Straßekämpfen ist es am Sonntag in Moskau gekommen. Auf dem Boulevard-Twerzkaja fand eine regelrechte Schlacht zwischen Truppen und streikenden Arbeitern statt. Auf der einen Seite kämpften gegen 10 000 Streikende, auf der anderen Seite ein Bataillon Infanterie. Das Militär gab wiederholt Salven, zuerst in die Luft, dann auf die Volksmenge ab. Viele Personen wurden getötet, darunter Frauen und Kinder; eine noch viel größere Anzahl wurde schwer verletzt. In allen Richtungen sah man Krankenwagen, die die noch lebenden Opfer in die Hospitäler schafften. Die Zahl der Getöteten wird auf 50, die der Verwundeten auf 600 geschätzt. Mehrere 1000 Personen wurden in Haft genommen und in eine Militärbarade geführt, wo schon 50 Soldaten in zwei Reihen aufgestellt waren. Die Arbeiter wurden durch Knutentriebe gezwungen, diese beiden Reihen auf und ab zu laufen, wobei sie von den Soldaten mit Gewehrkolben geschlagen wurden. Einige 100 Zuschauer applaudierten und sporteten durch ihren Beifall die Soldaten zu neuen Brutalitäten an. Zahlreiche Arbeiter wurden getötet oder erheblich verletzt, sodas man gezwungen war, die Beilegung zu unterbrechen. — Diese Bestialität kennzeichnet so recht den Geist der russischen Zarenkrieger.

Bereits in der Nacht zum Sonntag kam es zu Zusammenstößen. Der offiziöse Telegraph berichtet: „In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem Twerzkoi-Boulevard eine Versammlung abgehalten. Die Truppen feuerten blind (die Red.) Schüsse, worauf die Menge mit Revolvergeschüssen antwortete. Den ganzen Tag über zogen Arbeiter durch die Hauptstraßen, doch kam es nur bei einer Bäckerei in der Twerzkaja zu Unruhen. Die Bäckerei warfen vom Dach aus Ziegelsteinen auf die Rosaten; diese feuerten. Nachdem die Twerzkaja abgesperrt worden war, wurden 200 Personen verhaftet.“

Die Petersburger Zeitung „Russ“ meldet dagegen aus Moskau: Bei dem Zusammenstoß zwischen Bäckern und Rosaten wurden acht Bäckerei getötet und zwei verwundet, außerdem wurden ein Schutzmann, ein Revolveraufseher und ein Rosal getötet. Viele Polizisten und Privatpersonen sind mehr oder weniger schwer verletzt worden. Ein vorübergehender Professor namens Chorkulski wurde durch einen Nagelstich verletzt. Die Hauptstraßen und Plätze sind durch Polizisten, zwei Regimenter Grenadiere, eine Schwadron Dragoner und acht Soldaten Rosaten besetzt.

Nach einer anscheinend offiziellen Meldung der Petersburger Telegraphen Agentur sind während der Sonntag Unruhen 5 Rosaten, 4 Gen darmen und 1 Polizist verwundet worden. Wohlwollend verschweigt man die Zahl der Getöteten und verwundeten Polizisten.

Am gestrigen Tage kam es abermals, nachdem der Generalstabschef der Bäckerei in Moskau allgemein geworden ist, zu blutigen Zusammenstößen. Ein Privattelegramm des „Ham. Corr.“ meldet: Bis in den späten Abend waren die Straßen überfüllt von demonstrierenden Volksmassen, die rote Fahnen entfalten und revolutionäre Lieder sangen. Ein großer Teil der Demonstranten ist mit Revolvern bewaffnet, andere begrüßen sich damit. Steine auf die Soldaten und die Polizei zu werfen. Der Generalgouverneur hatte nachmittags eine Abteilung Rosaten nach dem Militäre Boulevard abkommandiert, die von den Volksmassen mit Revolvergeschüssen und Steinen begrüßt wurden. Darauf erlöste das Kommando: Achtung! Feuer! Zwei Salven wurden darauf abgefeuert, wobei zehn Personen, darunter vier Schutzeleute und zwei Nachzügler getötet wurden und eine große Anzahl schwer bzw. leicht verwundet wurde. Die Rosaten ritten rücksichtslos in die Volksmassen ein, wobei durch Herbeihufe viele verletzt wurden. Einzelne erlösten unter dem Volke: Erkrümmt die Gewehrmaschine und die Bäckereien! Darauf teilten sich die Volksmassen in vier Gruppen und zogen nach den Sretenskij, Petrowskij und Roschdestwenskij-Boulevards, ein anderer Teil ging nach dem Katharinenpark, wo sie wie die Bandalen haupfen und alles zerstückten, was ihnen in den Weg kam. Unterwegs wurde ein Revolveraufseher schwer und ein Bezirksaufseher leicht verwundet. Viele Restaurants wurden demoliert. Ein Tramwaywagen wurde nur durch das Dazwischenkommen von Grenadiere gerettet. Die Hauptstraße Moskaus, Twerzkaja, mußte im Laufe des Tages wiederholt gesperrt werden. Rosaten wie Dragoner-Patrouillen sind auf allen Zentralstraßen anwesend; enorme Aufregung herrscht unter den Volksmassen. Auch gestern sind die Zeitungen nicht erschienen. Die Druckereien werden polizeilich überwacht.

In Lissabon wurden am Sonntag mehrere Bombenanschläge gegen Rosaten verübt. Es wurden sofort andere Truppenteile aufgegeben, die eine Flintefeuer auf die Angreifer eröffneten. Allgemeine Panik entstand, zahlreiche Personen wurden getötet oder verwundet.

Verunglücktes Eisenbahn-Attentat. Der „Dienst Polak“ meldet aus Podmolorzyska, daß der russische Personenzug mit 16 Stunden Verspätung in Podmolorzyska eintraf infolge der Entgleisung eines Güterzugs, die durch böswillige Herabsetzen der Schienen verursacht wurde.

19 Waggon warben zertrümmert und mehrere Bedienstete verletzt. Es scheint, daß die Schienen in der Abfahrt herausgerissen wurden, um den Schnellzug, in dem der Gouverneur von Potosien saß, zur Engleisung zu bringen.

Frankreich.

Kolonialbestien. In einem Punkte können sich die allerhöchsten Staaen Europas gegenseitig keinelei Vorteil verschaffen. Die gut katholisch oder orthodox protestantisch ob Monarchie oder Republik, alle die überseeische Kolonien haben, hatten auch schon ihre Kolonialbestien zu bezeichnen, ihre Sitten und Sitten, die den Namen der europäischen Kultur bei den „Wilden“ geschändet. Die Kolonialgeschichte aller Länder ist mit Blut geschrieben. Inzest hat das republikanische Frankreich seine Kolonialbestien. Es ist überall dasselbe Bild: Eine zweifelhafte Casakters, Abenteurer aller Art ziehen nach dem „schwarzen Sankt“, um sich zu bereichern. Dieses Ziel zu erreichen ist ihnen jedes Mittel recht, kein Verbrechen zu scheuen. Vor kurzem wurden zwei dieser Kulturträger, Gaud und Laque, wegen ihrer Greuelthaten, begangen an den „Wilden“, bestrast, allerdings sehr milde. Jetzt aber wird durch die Untersuchungskommission de Brazza bekannt, daß der französische Generalkommissar Gentil nicht weniger schuldig gewesen hat, als die Gaud, Laque und Konsorten, daß er ihnen erst das Beispiel wilder Grausamkeit gegeben. Die Untersuchungsakten befinden sich im Kolonialministerium und werden wohl später der Kammer vorgelegt werden. Mittlerweile aber veröffentlicht der Genosse Rouart in der „Humanité“ die wesentlichsten Punkte aus den Berichten. Danach hat Gentil selbst Eingeborene wegen der geringsten Vergehen auspeitschen oder Erschießen lassen. Das administrative Joch lastete so schwer auf den Schwarzen, daß sie die ihnen auferlegten Steuern nicht aufbringen konnten. So wurden Lager errichtet, in denen Gefangen zurückgehalten wurden, bis die Zahlung erfolgt war. Den Eingeborenen wurden so schwere Dienste auferlegt, namentlich wurden sie zum Transport schwerer Lasten verurteilt, daß ganze große Gebiete nahezu entvölkert sind. Festgestellt ist ferner, daß in den von Gentil verwalteten Gebieten die Sklaverei sans phrase wieder eingeführt ist; nicht bloß zu Nutzen der Republik, sondern auch die kolonialen Gesellschaften durften sich der Sklaverei bedienen, um Schätze zu sammeln. In einem Rundschreiben an seine Untergebenen feuerte er diese an, vor allem für Entreibung der Steuern zu sorgen. Um sich bei ihrem Chef beliebt zu machen, ließen es diese an Eifer nicht fehlen, hing doch ihr Abrechenment hiervon ab. So entstanden die „Konzentrationslager“, in denen die Frauen und Kinder ganzer Dörfer, von wo die Steuern nicht eingegangen waren, interniert wurden. In vielen Fällen hatten die Männer wohl die Steuern bezahlt, die Beamten wandten aber Gewalt an, um noch mehr heraus zu pressen. Der Inspektor Saurin fand ein derartiges Lager mit 119 Frauen und Kindern vor, die von den rohen Wächtern vergewaltigt und mißhandelt worden waren. Aus den detaillierten Berichten werden wir noch Einzelheiten folgen lassen, welche ein großes Licht werfen auf die grausamste Verwilderung dieser französischen Kulturträger in Afrika. Gegen Rouart führen „Le Temps“ und andere Blätter eine heftige Fehde; man sucht abzuwehren und zu entschuldigen, spricht von Uebertreibung usw. Es ist die altbekannte Kampfsmethode der kapitalistischen Presse. Nicht die Unmenslichkeiten ihrer Zivilisatoren bringen sie in Aufregung, ihr Horn wird nur erweckt, wenn diese an die Öffentlichkeit dringen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 9. Oktober 1905.

Der Wortführer eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr und bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, den Saal nicht vor Beendigung der Sitzung verlassen zu wollen und namentlich bei den Abstimmungen anwesend zu sein.

Auf Vorschlag des Wortführers wird zunächst der 7. Antrag des Senates, betr. Grunderwerb für den Bau des Theaters, beraten.

Senator Dr. Schön gibt zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der ganzen Theaterfrage und betont noch, daß der Senat seine Zustimmung zu der Hergabe des Zollschuppenplatzes nicht geben könne, da dieser für andere Zwecke, aber nicht etwa für eine Altendörferstraße, benutzt werden solle. Der Senat ist dem Beschluß der Bürgerschaft beigetreten, das Theater auf dem Kasinoplatz zu erbauen, weil es die einzige feste Unterlage für ihn war. Für die Ausgestaltung des Zollschuppenplatzes soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Beim Kasinogrundstück ist der Baugrund auch bei Weitem besser als beim Zollschuppen, wo man erst bei 13 Meter Tiefe guten Baugrund findet. Die Hauptsache ist eine baldige Entscheidung über die Theaterfrage, damit es mit demselben nicht eben so geht wie mit dem Kaiser Wilhelm-Denkmal, für das bereits seit 17 Jahren ein Platz gesucht wird.

Mühsam: Wohl selten hat eine Vorlage so viel Widerspruch gefunden, wie diese; sie ist ein direkter Schlag ins Gesicht der Bürgerschaft. Nachdem der Senat durch seinen ständigen Senatskommissar erklären ließ, er würde seine Zustimmung in dieser Frage nur einem Beschluß geben, der mit großer Mehrheit gefaßt würde, ist er doch für die Bedegrube eingetreten. Die Mehrheit für das Kasinogrundstück betrug nur eine Stimme. Bei der Gesamtabstimmung herrschte ein solcher Rummel, daß es zweifelhaft erscheinen mußte, ob in der Gesamtabstimmung wirklich die Senatsvorlage mit der Abänderung, den Kasinoplatz zu wählen, Annahme gefunden hat. Früher hätte man von Senatsseite immer erklärt, das Theater müsse auf einem dem Staate gehörigen Platz erbaut werden, da für den Bau im Höchstfalle nur eine Million ausgegeben werden solle. Jetzt wolle man für den Platz noch 400 000 Mk. ausgeben. Auch das Finanzdepartement ist nicht einmal gehört worden. Dabei stehen uns in nächster Zeit noch andere große Ausgaben bevor. Schon aus diesem Grunde bitte ich Sie dringend, den Senatsantrag abzulehnen.

Senator Dr. Schön: Der Senat hat mit diesem Antrag der Bürgerschaft durchaus keinen Schlag ins Gesicht verlegen wollen; im Gegenteil, er ist derselben gegenüber nur loyal verfahren. Das Finanzdepartement braucht nicht gehört zu werden, sondern es kommt auf den Willen der Bürgerschaft an. Ich bitte Sie, prüfen Sie die Sache in Ruhe und tragen Sie keine Erregung in die Debatte.

Prof. Dr. Baehde verweist zunächst auf die verschiedenen schwebenden Projekte und betont, daß demnächst eine neue Anleihe gemacht werden müsse, da die alte so

gut wie aufgebraucht sei. Eine Erhöhung der Einkommensteuer ist kaum noch möglich. Ich bin deshalb gegen die Senatsvorlage, so lange nicht nachgewiesen ist, daß dem Staate nicht geeignete freie Plätze für den Theaterbau unentgeltlich zur Verfügung stehen. So ist z. B. gegen den Platz im Almental nichts wesentliches vorgebracht worden; in zweiter Linie kommen noch die Plätze bei der Viehrampe am Stadigraben und am Zollschuppen in Betracht. Wenn aus dem Platz am Zollschuppen ein größerer Gewinn herausgeschlagen werden sollte, so kann das nur geschehen, wenn dort Geschäftshäuser gebaut werden. Daß dadurch das Stadtblid verschönert wird, ist nicht anzunehmen. Ich bin deshalb gegen den Senatsantrag.

Senator Dr. Schön vertritt demgegenüber kurz den Standpunkt des Senates.

Stender (zur Geschäftsordnung) bittet, den Senatsantrag anzunehmen. (Gr. Heiterkeit.)

Blund: Ich habe in der letzten Sitzung für das Bedegrubenprojekt gestimmt, weil ich unter allen Umständen die Annahme des Theaterbaues auf dem Mühlenbrühl verhindern wollte. Der Senat hat erklärt, daß der Baugrund am Zollschuppen schlecht ist. Das ist ein unbestimmter Begriff. Die Befestigung des Baugrundes für das Theater hat 60 000 Mark gekostet und man kann ohne weiteres annehmen, daß mit dieser Summe man auch die Befestigung des Zollschuppenplatzes ausführen kann. Wenn der Zollschuppenplatz ausgetastet werden soll, so kann man auch von den Architekten den Theaterbau in Betracht ziehen lassen. Wenn man sich für einen Platz entscheidet, so solle man sich von der Erwägung leiten lassen, wo man das Theater hindauen würde, wenn man mit eigenem Gelde daran beteiligt wäre, und dann würde auch sicher der Zollschuppenplatz eine Mehrheit finden.

Senator Dr. Schön: Der Zollschuppenplatz wird frühestens im nächsten Spätherbst frei werden. Dadurch wird der Theaterbau verzögert.

Die hätte gewünscht, daß in dieser Frage mindestens das Finanzdepartement gehört worden wäre, nachdem sich der Bürgerschaft gegen die Senatsvorlage erklärt hat. Der letzte Ausweis über die Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben ist nicht gerade zur Ermütigung für die Bewilligung der 400 000 Mk. geeignet und solange nicht nachgewiesen wird, daß dem Staat kein geeigneter Platz unentgeltlich für das Theater zur Verfügung steht, werde ich den Senatsantrag ablehnen. (Bravo.)

Dr. Wichmann bittet, die Senatsvorlage abzulehnen und einen Antrag anzunehmen, der besagt, den Beschluß der letzten Bürgerschaftsversammlung wieder aufzuheben und den Senat zu ersuchen, diesem Beschluß beizutreten. Ferner soll der Senat ersucht werden, der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, in welcher der Bau eines Theaters auf dem Zollschuppenplatz gefordert wird.

Jenne: Es handelt sich hier tatsächlich um einen Kampf zwischen den Stadtern und den St. Lorenzern. Wenn das Finanzdepartement gefragt worden wäre, so würde es sich zweifellos für den Senatsantrag ausgesprochen haben. Die jährliche Ausgabe von 18 000 Mk. an Zinsen für die 400 000 Mk. kann unser Staat wohl tragen. Redner bittet um Annahme der Senatsvorlage und wünscht, daß die 400 000 Mk. aus der Kasse der Verwaltungsbehörde entnommen werden.

Heinsohn tritt für die Senatsvorlage ein; durch die Verlegung des Theaters nach dem Zollschuppenplatz würde eine Verschiebung der Grundstückspreise eintreten. Die Bewohner der Vorstadt St. Lorenz haben bereits durch die Verlegung des Bahnhofes ein reiches Geschenk erhalten.

Heyd hält den Platz in der Bedegrube für sehr geeignet zum Theaterbau.

Dahms bemerkt, daß man z. B. in Barmen lebhaft bedauere, das Stadttheater nicht auf einen freien Platz erbaut zu haben. Die Rücksicht auf Grundstückswertverschiebungen könne für die Abstimmung nicht entscheidend sein; sie war es auch nicht bei der Verlegung des Marktes.

Schneider verweist auf Widersprüche der heutigen Senatsklärungen mit früheren.

Senator Dr. Schön tritt dem entgegen. Ziele ist für die Senatsvorlage.

Senator Dr. Vermeiren betont gegenüber Dahms, daß auch das Hamburger Schauspielhaus nicht frei liege, ohne daß man dagegen etwas eingewendet habe.

Schulz ist für den Senatsantrag.

H. Hiel tritt den Behauptungen entgegen, als ob sich Stadt und Vorstadt entgegenstünden. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Kasinogesellschaft hat stets uneigennützig gehandelt und deshalb wäre es am besten, wenn man im Verein mit der Kasinogesellschaft das Theater baue. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

Dr. Görz erklärte, er werde mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates gegen die Senatsvorlage stimmen. Wenn man sich für dieselbe entscheiden würde, so würde in absehbarer Zeit eine weitere Vorlage kommen, die aus feuerpolizeilichen Gründen den Ankauf weiterer Grundstücke fordere. (Sehr richtig.)

Schwarzlopp tritt für den Platz am Zollschuppen ein, der mit dem Theater ein Schmuckplatz werden würde. Recht ist auch für den Zollschuppenplatz und hält seine in der vorigen Sitzung abgegebene Erklärung über die Räumung des Platzes aufrecht.

Senator Dr. Schön: Wenn wir die Entscheidung abermals verschieben, so ist anzunehmen, daß darauf die Kasinogesellschaft nicht warten kann, wenn wir auch Zeit haben.

Dr. Wehke: Nicht um 400 000 Mk. handelt es sich bei der Senatsvorlage, sondern um 426 000 Mk. Er sei gegen diese Vorlage aus finanziellen Gründen, und weil er ein Theater in der Bedegrube nicht für feuerficher halte.

Dr. Wichmann ist der Meinung, daß die Mitglieder der Kasinogesellschaft, wenigstens die jetzigen, keine großen Opfer für die Allgemeinheit gebracht haben. Als Mitglieder der Bürgerschaft habe man darauf auch keine Rücksicht zu nehmen. Das Finanzdepartement würde wohl doch nicht so rasch dem Senatsantrag beizutreten sein; es sei hier sachlich gestimmt, was dadurch bewiesen würde, daß es lieber auf die Lübecker Maschinenbaugesellschaft verzichte, als daß es derselben ein anderes von ihr gewünschtes Terrain überlasse.

Senator Dr. Neumann bezeichnet die Ausführungen Dr. Wichmanns bezüglich der Maschinenbaugesellschaft als unrichtig.

Mühsam bittet nochmals um Ablehnung der Senatsvorlage und tritt den Ausführungen Jenne's entgegen.

Dr. Wittern erklärt, daß in der Frage der Maschinenbaugesellschaft Senator Dr. Neumann falsch unterrichtet sei. In nächster Zeit würde über die event. Verlegung des Betriebes beraten werden.

Senator Dr. Neumann tritt diesen Ausführungen entgegen und beruft sich auf die Verhandlungen mit der Gesellschaft in diesem Sommer.

Dr. Wichmann: Senator Dr. Neumann scheint demnach nichts von den Entscheidungen der letzten Zeit zu wissen.

Senator Dr. Neumann: Im Sommer sind die Verhandlungen von der Gesellschaft abgebrochen worden. Dr. Görz ersucht, nichts auf die Darstellung von Ausschrausmitgliedern der Gesellschaft zu geben.

Damit ist die Beratung der Senatsvorlage beendet.

Dr. Wichmann beantragt, feststellen zu lassen, ob die Mitglieder der Kasinogesellschaft über die Senatsvorlage mit abstimmen sollen, da sie an der Sache persönlich interessiert seien.

Der Antrag wird abgelehnt. Darauf wird die Senatsvorlage mit 49 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Dr. Wittern hat sodann beantragt, das Theater vor dem Mühlenort zu erbauen.

Der Wortführer ist der Meinung, daß dieser Antrag weitergehend ist, als der Wichmannsche.

Dr. Wichmann: Wenn auch ein großer Teil der Theaterbesucher nach dem Mühlenort weiter zu gehen hätte, als nach dem Mühlenort, so ist deshalb doch der Antrag nicht weitergehend. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit.) Nach der Anciennität müßte über meinen Antrag zuerst abgestimmt werden.

Dr. Wittern ist damit einverstanden. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte bittet

Dr. Biehl, alle Anträge abzulehnen, und es dem Senate zu überlassen, wie er sich aus dieser Affäre ziehe.

Vom Senatliche wurde gewünscht, daß die Bürgerschaft dem Senat eine Richtschnur dafür gebe, was sie eigentlich wolle.

Dr. Wittern meint, jeder hätte das Recht, sich so oft und so gründlich zu blamieren, wie er wolle, und von diesem Recht habe die Bürgerschaft ausgiebigen Gebrauch gemacht. Es wäre an der Zeit, daß die Bürgerschaft endlich sich für einen Platz entscheide.

Dr. Wichmann zieht seinen Antrag zurück, den Dr. Benda wieder aufnimmt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Wittern mit 51 gegen 68 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag, das Theater in der Nähe des Holstenihores zu erbauen, mit 55 gegen 45 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 10 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 10. Oktober.

Der Bezug von handgewerblichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz wurde die Sperre verhängt, weil die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Achtung, Bürgerstimmwähler! Die Wählerlisten zu den im November d. Js. stattfindenden Ergänzungswahlen für die Bürgerschaft sind vom 11. bis 18. Oktober einschließlich zu Jedermanns Einsicht ausgelegt, und zwar: für den ersten bis vierten Bezirk im Bureau des Stadt- und Landamtes zu Lübeck (Statistisches Amt, Königstraße Nr. 58 II. Obergesch.) werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr, am Sonntage von 10 bis 2 Uhr; für den fünften und sechsten Wahlbezirk im Gemeindebureau zu Travemünde, werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 5 Uhr; für den siebenten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Schlutup, Herrn J. J. B. Bade; für den achten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Krempelesdorf, Herrn J. J. G. Meyer; für den neunten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Moising, Herrn G. F. Legemeyer; für den zehnten Wahlbezirk bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Rüsse, Herrn J. F. A. Bütt. Einsprachen gegen die Listen sind spätestens am Tage nach Schluß der Auslegung schriftlich bei dem Wortführer des Bürgerausschusses, Herrn Ed. Rabe, Lübeck, Breitestraße Nr. 28, anzubringen. Es ist dringend notwendig, daß alle Parteigenossen und Arbeiter, soweit sie das Bürgerrecht besitzen, sich davon überzeugen, ob ihr Name in den Wählerlisten enthalten ist. Wer nicht in den Wählerlisten verzeichnet steht, hat auch kein Wahlrecht!

Ein „Volksgericht“. Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode wird am 6. November beginnen. Dazu sind folgende Herren als Geschworene ausgestellt: Kaufmann v. Schack, Kaufmann Gustav Boye, Profurist Käbler, Kaufmann Maniell, Fabrikant Aug. Thomsen, Dr. Dr. Schulze, Kaufmann Winkler, Apotheker Stolle, Kaufmann Heinrich Behnde, Rentier Rucker, Profurist Paul Reimpell, Kaufmann Paul Bock, Kaufmann und Bischofshilf Schulz, Maurermeister Paul Böger, Kaufmann Ernst Grube, Tischlermeister Mühlke, Lagerhausinspektor Schäfer, Bankier Kohns, Kaufmann Ernst Deede, Kaufmann Wilhelm Fahlke, Kunstgärtner Wiese, sämtlich aus Lübeck, Rentier Govers aus Rensefeld, Biegeleibhaber Liedemann aus Behlendorf, Gemeindevorsteher Nau aus Gnevesdorf, Fuhrer Schramm aus Scharbeug, Rentier Dohrmann aus Cutin, Hofbesitzer Wilhelm Eggert aus Dänischburg, Kronwägenführer Hanjen aus Neumeierei, Erbpächter Käbler zu Gr. Steinrade, Fuhrer Wilhelm Kuf aus Borrade. — Arbeiter sind bei der Auswahl der Geschworenen also wieder einmal sorgfältig vermieden worden.

Pferdemarkt. Am Donnerstag, den 12. Oktober d. Js., wird der dritte diesjährige Pferdemarkt auf dem an der Jockendurger Allee nordwestlich von der Kaserne in der Vorstadt St. Lorenz belegenen Plage abgehalten werden.

Gelöschene Sencke. Die Kollausseuche auf dem Gehöfte des Gärtners Chr. Bollert hier selbst, Wakenitzstraße Nr. 21, ist erloschen. Die über den Schweinefall des Genannten verhängte Sperre ist aufgehoben.

Die Kollausseuche sind von den Gasanstalten bis auf weiteres wie folgt festgestellt worden: 1) Für den Platzverkauf auf beiden Gasanstalten mor-

gens von 7 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr abends.
 1. Grobe Kofz ein Hektoliter 0,90 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 85 Pf. 2. Zerfallene Kofz I (nur auf Gasanstalt II erhältlich) ein Hektoliter 1,25 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20 Mt. 3. Zerfallene Kofz II ein Hektoliter 1,15 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,10 Mt.
 2) Bei Lieferung frei in's Haus in die Stadt und den inneren Bezugsbezirk der Vorstädte durch die Firmen Bernhöft u. Wilde, Fischergrube 75, und Heinrich Dießel, Mühlenstr. 62; 1. Grobe Kofz ein Hektoliter 1,00 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 0,95 Mt. 2. Zerfallene Kofz I ein Hektoliter 1,35 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,30. 3. Zerfallene Kofz II ein Hektoliter 1,25 Mt., zwanzig Hektoliter und mehr à 1,20 Mt.

Staatlich subventioniertes Stadthallen-Theater.
 Für die Donnerstag-Abendvorstellungen (Mittwoch) das heitere Lustspiel von Meyer-Förster „Der Vielgeprüfte“ zur Aufführung. Donnerstag wird im Wilhelm-Theater der Schwant „Charleys Tante“ aufgeführt. Freitag wird dann noch „Der Vogelhändler“ und Sonnabend „Der Waffenschmied“ gegeben werden. Es wird von nun an die Einrichtung getroffen, daß die Schauspielvorstellungen um 8 Uhr beginnen, während der Anfang für Opernvorstellungen um 7:30 Uhr wegen der längeren Spielbauer beibehalten werden muß. An Sonntag und Festtagen beginnen die Vorstellungen stets um 7:30 Uhr.

Achtung, Arbeiter! Seit dem 18. August d. J. stehen die Isolierer und Rohrumhüller Hamburgs in einer Lohnbewegung. In Betracht kommen die Firmen C. Martin, Nic. Fabry, J. Mannington, Grünzweig u. Garimann, Naßger u. Rau, sämtlich in Hamburg. Ueber letztgenannte zwei Firmen ist in allen Filialen der Generalstreik und die Materialwerke verhängt worden. Das Arbeitsgebiet obiger Firmen erstreckt sich unter anderem auch auf das gesamte Gebiet des Lübecker Staates. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, alle in Betracht kommenden Arbeiter in diesem Gebiete, als Maurer, Bauarbeiter, Heizungsmonteur, Kupferschmiede, Rohrleger und deren Helfer, Werftarbeiter, Schiffs- und Kesselreiniger, auf obiges aufmerksam zu machen und zu ersuchen, etwa angebotene Isolierungsarbeiten abzulehnen: vor allen Dingen aber kein Material der gestreikten Firmen zu verarbeiten. Lasse sich überhaupt kein Arbeiter herbei, Streikbrecher zu werden. Man achte überhaupt darauf, ob Isolierungsarbeiten auf Bauten, in Fabriken, Brauereien, Schiffen, Werften usw. und von Wem? vertrieht werden. Alle Fälle berichte man sofort an die Streikleitung. Kosten werden vergütet. Isolierer, die in geregelten Betrieben arbeiten, haben einen dießbezüglichen Ausweis; diesen lasse man sich zeigen. Isolierer, welche keinen solchen Ausweis haben, arbeiten in nicht geregelten Betrieben.

Die Streikleitung
 der Isolierer und Rohrumhüller Hamburgs.
 J. A.: B. Zahn,
 Hamburg, Brennerstraße 33, bei Ströger.

Handelsregister. Am 9. Oktober 1905 ist eingetragen: 1. bei der Firma August Henze in Lübeck: Die Firma lautet jetzt August Henze Nachf. Inhaber: Ch. G. C. Stapelfeld, Kaufmann in Lübeck. 2. die Firma Hermann Kersten in Lübeck: Inhaber: C. F. Kersten, Kaufmann in Lübeck.
Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde

ein Fischergehilfe aus Travemünde, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Körperverletzung steckbrieflich verfolgt wird. — Aus der Mädchenkammer eines Hauses an der Untertrave wurde am verflorenen Sonnabendabend eine silberne Damen-Zylinderuhr mit Goldrand gestohlen. Die Uhr trägt die Nummer 917776. — Das am 6. d. Mts. abhanden gekommene Fahrrad hat sich wieder angefunken.

Zugzug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten.
 Zugzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbran in Lauen.

Travemünde. Die Maurer und Zimmerer hatten den Unternehmern die Forderung unterbreitet, vom 1. Oktober d. J. in Travemünde und Neu-Travemünde die Lübecker Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Es ist nun eine Einigung zustande gekommen. Vom 1. Oktober beträgt der Lohn 52 Pf. pro Stunde. Vom 1. April 1906 55 Pf. bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. Diese Bedingungen gelten auch für das Travemünder Landgebiet. Bisher betrug der Lohn 50 Pf. und die Arbeitszeit täglich 10 Stunden.

e. Stadelndorf. Die Einkommensteuerrolle 1905/1906 liegt für unsere Gemeinde vom 7. bis inkl. 20. Oktober beim Vorstand, Herrn Bruns, aus. Etwaige Reklamationen müssen vor dem 11. November 1905 bei dem Vorsitzenden des Schätzungsausschusses der Gemeinde Stadelndorf, Herrn Regierungsrat Ruhlrat in Cutin, eingereicht werden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Als Gabe der Freien und Hansestadt Hamburg für die in Italien durch das Erdbeben Geschädigten ist dem italienischen Generalkonsulat in Hamburg der Betrag von 5000 Mark überwiesen worden. — Ein folgenschweres Unglück erfolgte auf dem im Hamburger Hafen liegenden Schiffe „Jr.“. Es kam eine Lampe zur Explosion und zwei Matrosen wurden schwer am Oberkörper verbrannt. Die Verletzten erhielten einen Verband und mußten nach dem Hasenkrankenhaus gebracht werden. — Der kürzlich wegen schwerer Verletzungen verhaftete Marinefähnrich Braje in Kiel wurde aus allen militärischen Verhältnissen entlassen. — Sonnabend wurde das Gewebe des Hofbesizers W. Mungaard in Linningsstedt ein Raub der Flammen. Als die Bewohner aus dem Schlafe kamen, fand bereits die von der Ernte gefüllte Scheune in hellen Flammen, die auch bald das Hauptgebäude ergriffen. Von dem Inventar konnte nur sehr wenig gerettet werden, ein Glück war es, daß sämtliches Vieh sich auf der Weide befand. — Sonnabendabend um 7 Uhr entstand in der östlichen Scheune des Martin Juhlischen Hofes bei Hadersleben Feuer, das sich schnell über drei große zusammengehauerte mit Stroh gedeckte Scheunen verbreitete. Es gelang, das Vieh herauszubringen, doch ist die gesamte Ernte vernichtet worden. Den zahlreichen Feuerwehren aus der Umgegend gelang es, das Wohngebäude zu erhalten. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Der Besitzer hat zum größten Teil versichert. — Ein größeres Schadenfeuer ist in Bügelsied bei Stade bei dem Hofbesitzer Witt ausgebrochen. Da nicht sogleich Hilfe am Plage war, brannte die große mit Erntevorräten gefüllte Scheune bis zu den Grundmauern nieder. Der Feuerlöcher war weit hin sichtbar.

Hamburg. Ein Veteran der Arbeit und der Partei. Am vergangenen Sonntag feierte ein alter verdienter Parteigenosse, Rudolf Seiffert, Korrektor bei Auer u. Co., sein 50jähriges Buchdrucker-Jubiläum. Seiffert ist noch einer von den Alten, der sich der Arbeiterbewegung schon angeschlossen, als sie noch in den Kinderschuhen steckte. Er kennt die Parteigeschichte wie nur Einer. Er hat Laffalle noch persönlich kennen gelernt und kam später auch mit Liebknecht in Berührung, welcher seine Fähigkeiten erkannte und sie für die Partei dienstbar zu machen suchte. In den 70er Jahren wurde Seiffert Redakteur des „Volkstaat“ (später „Vorwärts“), in welcher Stellung er einige Monate Gefängnis über sich ergehen lassen mußte. Im Jahre 1878, als sämtliche Redakteure der „Lühringer Volkszeitung“ Staatsquartier erhielten und deren Redaktion verwaist war, sandte Liebknecht Seiffert als Redakteur dorthin, in welcher Stellung er bis zum Dezember verblieb, wo die Zeitung geschlossen wurde. Anfangs der achtziger Jahre, fand er wieder Stellung in der Genossenschafts-Druckerei in Leipzig als Korrektor, siedelte mit dieser nach Stuttgart über und kam im Jahre 1885, als die „Neue Welt“ nach Hamburg verlegt wurde, mit dieser nach hier in das hiesige Parteigeschäft, in dem er heute noch in geistiger Frische als Korrektor tätig ist. Hoffen wir, daß es ihm vergönnt sein möchte, noch viele Jahre dem Geschäfte und der Partei seine Dienste zu weihen.

Bremen. Zur Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Bürgerstimmwahlen hatte die Bürgerstimmwahlbehörde, der Senat um Einführung von amtlichen Wahllokalen zu ersuchen, resp. die Deputation für die Vertreterwahlen um einen Bericht hierüber zu ersuchen. Die genannte Deputation hat jetzt in einem Bericht sich gegen die Einführung amtlicher Wahllokalen erklärt, da es sich dabei um eine „höchst unbequeme und überflüssige Neuerung“ handle. Offenlich gibt sich die Bürgerstimmwahlbehörde der Deputation nicht zufrieden.

Beste Nachrichten.

Liegnitz. Vom Militarismus. Das schwere Schießungsglück in Liegnitz, das sich am 1. September beim Ostpreussenschießen ereignete, und dem zwei Grenadiere zum Opfer fielen, beschäftigte das Krieggericht der neuen Division. Leutnant Kurt v. Schweinitz wurde zu zwei Monaten Gefängnis, ein Sergeant und ein Grenadier zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Vielefeld. Erschlagen. Auf dem städtischen Gaswerk wurde gestern morgen von einem umstürzenden eisernen Schornstein ein Mann erschlagen, ein zweiter schwer verletzt.

Essen a. N. Neues von der Zeche „Vorussia.“ Die Verwaltung der Zeche „Vorussia“ teilt mit, daß auf Anordnung der Bergbehörde die Grube geschlossen worden ist. Bei der plötzlich vorgenommenen Untersuchung stellte sich heraus, daß die Grubenwasser den Brand noch nicht gelöscht hätten, und deshalb die Bergung der 33 Leichen nicht möglich ist.

Quittung.

Für den Preisfonds gingen ein:
 von A. R. 0,50 Mt.
 Friedr. Meyer u. Co.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.
Bürgerstimmwahl-Komitee.
 Heute Dienstag abend 8 Uhr.
 Da es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken anlässlich zu unserer Silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit, sagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten und Nachbarn unsern herzlichsten Dank.
Joh. Dunkelmann und Frau,
 geb. Engelhard.
 Sagen allen Verwandten und Bekannten für die vielen Glückwünsche zu unserer Silbernen Hochzeit unsern innigsten Dank.
Familie Buck.
 für die zu unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir hiermit herzlichsten Dank.
Hans Schröder und Frau,
 geb. Jagel.
 Ein möbliertes Zimmer mit Pension zu vermieten
 Johannisstraße 45
Ein Logis zu vermieten
 Weidenstraße 59 a.
 Gutes Logis für 2 junge Leute
 Judenstraße 76
 Ein Herrenrad und ein Jünglings-Paletot, gut erhalten, billig zu verkaufen
 Fischergrube 76
 Ein Kinderwagen mit Verdeck
 sehr billig zu verkaufen
 Weidenstraße 15, III. St.
 Ein Junghorn zu verkaufen
 (von Herrn Dr. Böhl)
 Fischergrube 34
Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
 H. Schreiber, Weidenstr. 5.
Schnell-Besoh- und Reparaturanstalt
 34 ab. Fischergrube 34
 neben der „Herberge zur Heimat“
 liefert zu ansehnlich billigen Preisen.
 Solle Garantie für Haltbarkeit.
 A. Stapelfeldt.

Feinste Pauenburger Eierkartoffeln
 und **Magnum bonum**
 liefern für den Winterbedarf billigst frei Haus.
 Die Ware ist täglich im Stad bei uns auf Lager zu beschaffen.
 Proben gratis oder literweise.
Spethmann & Fischer
 Telef. 102. Beckergrube 59.
Feinste süße böhmische Zwetschen
 Pfund 10 Pfg.
 heute u. morgen letzter Verkauf.
Spethmann & Fischer
 Tel. 102. Beckergrube 59.
Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen A. Bestmann, Friedenstr. 47.
 Ihren reinigen . 1,50.
 Federn einsehen . 1,50.
 1 Jahr Garantie.
 Vergläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Böttner,
 Uhrmacher,
 Fischergrube 32.
Reclam's Bibliothek
 in Taschenformat.
 à Bänden 20 Pfg.
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Familienseier halber bleibt mein Geschäft am Mittwoch den 11. d. M., nachmittags von 3 Uhr ab, geschlossen.
R. Storch, Restaurateur, Friedenstr. 43.
 In meiner **Pfand-Auktion**
 welche am 16. und 17. Oktober bei Herrn Ahrens, Marlesgrube, stattfindet, ladet Kaufliebhaber ein.
 b. S. Baruch, Pfandleiher.
 Ueberschüsse beim Verkauf können bis zum 4. November bei mir in Empfang genommen werden, wäter liefere ich es der Armenanstalt aus.
Lübecker Genossenschaftsbäckerei
 G. S. m. b. H.
 Ordentliche **General-Versammlung**
 am Freitag den 20. Oktober abends 8 1/2 Uhr
 im „Vereinshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 Geschäftlich und Kassenbericht vom 3. Quartal 1905.
 Anteilsscheine legitimieren.
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
 G. S. m. b. H.
 P. Pape. J. Böger.
Achtung Tapezierer!
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch den 11. Oktober bei Rumohr, Marlesgrube.
 Wichtige Tagesordnung.
 Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
 (Verwaltungsstelle Lübeck.)
Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch den 11. Oktober abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag.
 2. Kassenbericht.
 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1905.
 4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Gesangverein „Eintracht“
General-Versammlung
 am Mittwoch den 18. Oktober abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung
 2. Weihnachtsfest.
 3. Maskenball.
 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Panorama
 Breitestraße 53, 1. Stg.
 Auf besonderen Wunsch:
Wanderung d. d. malerische sächsische Schweiz.
 Jeden Tag von 11-10 Uhr geöffnet.
Stadthallen-Theater.
 Mittwoch den 11. Oktober 1905.
 Der Vielgeprüfte.
 Lustspiel in 3 Akten von Meyer-Förster.
 Anfang 8 Uhr. Schauspielerspreise.
 Donnerstag den 12. Oktober.
 Im Wilhelmtheater.
 Charleys Tante.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellings. — **Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.** — **Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig.**

Anträge zum Provinzial-Parteitag in Elmshorn.

Zur Etatsberatung.

- Der Parteitag legt sofort nach Eintreten in die Tagesordnung eine Kommission ein, die den Etat durchzubereiten hat. Der Referent der Kommission berichtet hernach im Plenum nur zu den Positionen, deren Abänderung, Streichung oder Neueinstellung gewünscht wird.
- Der Parteitag beschließt jedesmal, welche Kreisorganisationen beim nächsten Parteitag Delegierte in die Etatskommission zu entsenden haben. Sache der Kreisorganisationen ist es alsdann, den Delegierten zu bestimmen, der das Mandat zur Etatskommission erhält. Die Agitationskommission hat die Etatskommission, deren Mitglieder ihr 14 Tage vor dem Parteitag gemeldet sein müssen, einzeln zu einer Halbtags-sitzung vor Beginn der Parteitagverhandlungen einzuladen.

Agitationskommission.

Zum Organisationsstatut.

- Zum § 2 den Absatz 2 bei den Worten von „dessen Beschlüsse“ usw. zu streichen und dafür einen neuen Paragraphen mit folgendem Wortlaut zu setzen: „Die Beschlüsse des Parteitag hat eine von ihm eingesetzte Agitationskommission nach Maßgabe dieses Organisationsstatuts und eines besonderen Regulativs auszuführen“ und diesen Paragraphen in der unten angeführten Reihenfolge als § 9 einzusetzen.

Ortsverein Kiel.

- Zum § 3 dem Absatz 4 folgende Fassung zu geben: „4. Sie ist verpflichtet zur Aufstellung eines Etats und zur Bildung eines Referendums berechtigt, der nur in außerordentlich dringenden Fällen angegriffen werden darf.“

Ortsverein Kiel.

- Zum § 4 zu ändern: „einem Vertreter der Redaktion der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung.“

Ortsverein Kiel.

- Zum § 7 den 2. Absatz „Mehrere selbständige Parteibereine“ usw. vollständig zu streichen.

Ortsverein Kiel.

- Zum § 8 Absatz 2 zu setzen statt „von diesen Einnahmen“ usw. „von diesem Mindestbeitrag“ usw.

Ortsverein Kiel.

- Zum § 14 zu setzen: „Der Provinzialparteitag findet alljährlich in der Regel vor dem deutschen Parteitage statt.“

Ortsverein Kiel.

- Den § 16 wie folgt zu ändern: „Die Wahlen der Delegierten erfolgen durch die örtlichen Parteioorganisationen. Organisationen bis 200 Mitglieder können einen, bis 1000 Mitglieder zwei und über 1000 Mitglieder drei Delegierte entsenden.“

Ortsverein Kiel.

- Zum § 21 2. Abs. zu setzen: „Ihre Mitglieder wählen die Ortsvereine, die vom Parteitage hierzu bestimmt werden. Gegen ihre Entsendung ist der Beschwerdeweg an den Parteitag offen.“

Ortsverein Kiel.

- Ferner stellen wir den Antrag, durch Umstellung verschiedener Paragraphen dem Statut folgende Reihenfolge zu geben und zwar:

| |
|--|
| Als § 1 den § 1 des Entwurfs. |
| „ § 2 „ § 2 erste Hälfte des Entwurfs. |
| „ § 3 „ § 14 des Entwurfs. |
| „ § 4 „ § 15 „ „ |
| „ § 5 „ § 16 „ „ |
| „ § 6 „ § 17 „ „ |
| „ § 7 „ § 20 „ „ |

| |
|---|
| „ § 8 „ § 21 des Entwurfs. |
| „ § 9 „ § 2 zweite Hälfte des Entwurfs. |
| „ § 10 „ § 4 des Entwurfs. |
| „ § 11 „ § 3 „ „ |
| „ § 12 „ § 13 „ „ |
| „ § 13 „ § 5 „ „ |
| „ § 14 „ § 6 „ „ |
| „ § 15 „ § 7 „ „ |
| „ § 16 „ § 8 „ „ |
| „ § 17 „ § 9 „ „ |
| „ § 18 „ § 10 „ „ |
| „ § 19 „ § 11 „ „ |
| „ § 20 „ § 12 „ „ |
| „ § 21 „ § 18 „ „ |
| „ § 22 „ § 19 „ „ |

Ortsverein Kiel.

Kommunalwahlen.

- Der Provinzialparteitag in Elmshorn wolle beschließen, den generellen Beschluß betr. die Beteiligung an den Kommunalwahlen aufzuheben und an Stelle des Satzes: „Überall da, wo die Möglichkeit vorhanden ist, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen“, die Worte zu setzen: „Überall da, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist“ usw.

Ortsverein Binneberg.

- Die Mitgliedschaft Altona (8. und 10. Wahlkreis) beantragt, den Beschluß betr. Beteiligung an den Kommunalwahlen insoweit aufzuheben, daß es den Parteigenossen der einzelnen Kommunen freisteht, in welcher Art und Weise sie sich an den Kommunalwahlen beteiligen.

Vorstehende Anträge beziehen sich auf einen Beschluß mit folgendem Wortlaut:

Das Kommunal-Wahlprogramm verpflichtet die Parteigenossen, alles aufzubieten, maßgebenden Einfluß in den Gemeindevertretungen zu gewinnen. Es ist demnach notwendig, mit der bisherigen ablehnenden Taktik der meisten Städte zu brechen, obwohl man anerkennen muß, daß sie durch die Folgen der Konjunkturerhöhung eine Erlösung findet. Diese Zurückhaltung muß ich überall, wo auch nur eine einigermaßen beachtenswerte Wahlbeteiligung — wenn auch kein Sieg — zu erwarten ist, aufgegeben werden. Der Parteitag erwartet daher, daß die Genossen der danach in Betracht kommenden Orte sich wieder aktiv an den Kommunalwahlen beteiligen, jedoch mit der Maßnahme, daß die aufzustellenden Kandidaten auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen und aktive Genossen sind.

Literatur und Presse.

- Der Parteitag wolle das Erscheinen einer dänisch gedruckten Wochenzeitschrift in Erwägung ziehen.

Sozialdemokratischer Verein Apenrade.

- Ort des nächsten Parteitages.

- Es wird beantragt, den nächsten Parteitag in Rendsburg abzuhalten.

Allgemeiner Arbeiterverein für Büdeland und Umgegend.

Soziales und Parteileben.

Zum Niesenkampf in Berlin wird uns vom Zentralvorstand des Verbandes der Häuer und Maschinisten geschrieben: Seit dem 2. Oktober d. J. befinden sich die Maschinisten und Häuer der Berliner Elektrizitätswerke im Streik und zwar aus Solidarität, weil die Metallindustrie über 30 000 Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen haben. Bis jetzt haben Feuerwehrleute, Maschinisten und Häuer der Staatsbahnen, Jagenteure, Techniker und andere Betriebsbeamte an Stelle der Maschinisten und Häuer Streikbrecher gespielt. Da diese Herrschaften schon Waffen in den Händen bekommen haben und trotzdem immer zwei Mann vor einem Kessel stehen, können diese Herrschaften auf

die Dauer diese Arbeit nicht leisten. Die Unternehmerpresse aller Orten ist jetzt bemüht, Maschinisten und Häuer als Streikbrecher nach Berlin zu dirigieren. Zugung ist streng zu halten. — Der Handels- und Transportarbeiterverband, der mit circa 3000 Mitgliedern an der Aussperrung in der Elektroindustrie beteiligt ist, sagte in seiner Generalversammlung am Donnerstag den Beschluß, „daß angesichts der Massenausperrung und der dadurch benötigten Unterstützungsummen auf die Dauer von 4 Wochen und zwar von der 41. bis zur 44. Beitragswoche inkl. von der Berliner Mitgliedschaft ein doppelter Beitrag erhoben wird.“ — In Frankfurt a. M. erklärten sich die Metallarbeiter mit den Berliner Aussperrten solidarisch; sie beschließen, keine Streikarbeit liefern zu wollen.

Ein weiterer Niesenkampf scheint sich in Thüringen abzuspielden. Aus Gera wird gemeldet, daß die dortigen Textilarbeiter beschlossen haben, in einer Anzahl Betriebe die Kündigung einzureichen. Nach einem Beschluß der Unternehmervereinigung wird, wenn die Kündigung ausreicht erhalten wird, die Aussperrung aller Textilarbeiter im ganzen Industriebezirk erfolgen. Hierbei würden rund 20 000 Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen in Frage kommen.

Die Arbeit niedergelegt haben in der Dunlop-Pneumatikfabrik in Hanau sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Mißregelung eines Kollegen seitens der Direktion.

Der Diskont der Reichsbank ist auf 5 Proz., der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Pfandung von Effekten und Waren auf 6 Proz. erhöht worden.

Weiteres von der Klassenjustiz. Fünf ausländische Arbeiter wurden in M. Glabach verurteilt, den ihrer Firma wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung entstandenen Schaden zu ersetzen.

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei überreicht uns eine Zeitschrift, welche sich mit den Ausführungen beschäftigt, die Genossin Zyemburg auf dem Parteitag zu Jena über den letzten großen politischen Generalstreik in Belgien und die nach ihrer Ansicht bei dieser Bewegung begangenen Fehler gemacht hat. Die Zeitschrift besagt: Der Generalrat bedauert, daß die Genossin ihre Angriffe nicht auf dem internationalen Kongress zu Amsterdam erhoben hat, wo die belgische Partei vertreten war und ihr hätte widerstehen können. Außerdem genüge es ihm festzustellen, daß bei der Bewegung von 1902 sämtliche Beschlüsse über die zu befolgende Taktik mit Einstimmigkeit gefaßt worden sind, daß insbesondere, nach Ablehnung des Antrages auf Versammlungsbildung, die Wiederaufnahme der Arbeit mit Einstimmigkeit gegen eine Stimme, nicht nur von den politischen Parteimitgliedern, sondern auch von den Beratern und Männern aller am Kampfe beteiligten gewerkschaftlichen Föderationen beschlossen worden ist. Die belgische Arbeiterpartei sei sich bewußt, im April 1902 im vollen Maße das getan zu haben, was im sozialistischen Interesse gelegen ist.

Zum Parteisekretär gewählt worden ist vom Sozialdemokratischen Verein in Magdeburg der Genosse Holzapfel. Bis vor wenigen Monaten war er Redakteur am „Braunschw. Volksfreund“.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes veröffentlicht im „Borw.“ folgende Erklärung: „Auf dem Parteitag in Jena hat der Kollege Stubbe Hamburg in bezug auf unseren Verband folgende Behauptung aufgestellt: 1. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes habe es dem Kollegen Klopff außerordentlich schwer gemacht, sein Reichstagsmandat beizubehalten, er habe von Klopff die Niederlegung seines Mandats verlangt. 2. Das Regulativ des Holzarbeiter-Verbandes bestimme, die Gewerkschafter hätten ihre volle Arbeitskraft nur dem Verband zu widmen. Das bedeute eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß steht es freilich nicht so, aber doch ist es so. Diese Behauptungen haben, wie die in den Besprechungen bemerkten Jurufe erkennen lassen, auf dem

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(46. Fortsetzung.)

Unsere drei deutschen Freunde: Lamberg, Biederhof und Husner, hatten indessen ebenfalls ihren sogenannten Claim wieder in Angriff genommen. Das war aber ein hartes Stück Arbeit, mit dem sie ihre Minenarbeit beginnen sollten, und die an solche Behandlung nicht gewöhnten und auf der langen Seereise nur noch weicher gewordenen Hände zogen bald Blasen und waren kaum mehr im Stande, die schweren Werkzeuge zu heben. Lamberg versuchte auch sein Bestes, sich soviel wie möglich zu schonen. Wenn er damit auch bei Herrn Husner durchgekommen wäre, bildete das Biederhof aber durchaus nicht, denn Bente, die nur sehr wenig und das Wenige noch ungern angreifen, können nie sehen, daß Andere müßig stehen, wenn sie selber wirklich einmal mit ansetzen.

Selbst der Justizrat war von der allgemeinen Aufregung insofern angefaßt, daß er auch zu arbeiten beschloß — aber allein, und er begann deshalb, sich um keinen Claim kümmernd, ganz ruhig in einem der ersten besten der schon abgegrubten und nummerierten Plätze ein Loch zu graben. Etwa eine Stunde später kam der Eigentümer des Platzes dazu und wies ihn fort; der Justizrat aber war eben im Begriff gewesen auch schon ohne das zu gehen, denn die Erde schien ihm da zu hart und er hatte sich schon, sich so anzustrengen. Er nahm also seine sehr kleine und leichte Spitzhacke, Schaufel und Blechpflanne und stieg aufs Geratewohl den nächsten Hügel hinauf, fast eben so viel in der Absicht, sich die Gegend ein wenig zu betrachten, wie Gold zu finden, als ihm ein alter Bekannter — der Komet — gerade in den Weg lief.

Im ersten Augenblick, als er seinen Gläubiger von gestern

Abend erkannte, schien der Aktuar noch zu hoffen, nicht gehen zu werden, denn der Justizrat hatte die Eigenschaft, sich beim Gehen immer die Wipfel der Bäume zu betrachten. Unwillkürlich machte er deshalb zuerst eine Bewegung, wenn irgend möglich hinter einen benachbarten Busch zu gelangen und den Landmann ungehindert vorüber zu lassen. Dessen „Morgen Herr Aktuar“, belehrte ihn jedoch rasch eines Besseren; er sah sich jetzt nur wie erkannt nach ihm um und rief:

„Ach — wahrhaftig, Herr Justizrat. Mit dem Handwerkzeug auf der Schulter habe ich Sie im ersten Augenblick gar nicht erkannt. Wollen Sie heute einmal ihr Glück versuchen?“

„Ja — ja — verdammt harter Boden. — Gestern gut nach Haus gekommen?“

„Wer? — Ich — ja, ich danke Ihnen. Aber, lieber Justizrat; ich habe gestern noch recht Unglück gehabt.“

„Sie? — Gelpelt? — Warum spielen Sie?“

„Ich gespielt? Nein, wahrhaftig nicht“, sagte der Aktuar — „ich kenne gar keine Karten. Aber Sie erinnern sich doch, daß ich Ihnen sagte, ich hätte meinen Gelbbeutel im Belt vergessen?“

„Ja — und?“

„Nun denken Sie sich, wie ich nach Hause komme und ihn zu mir nehmen will, ist er fort.“

„Wer? Der Gelbbeutel?“

„Nein verschwunden — jedenfalls von einem nicht-müßigen diebischen Hallunken gestohlen, und ich hatte nahe an zweihundert Dollars Wert Gold darin; mein ganzer Verdienst des letzten Monats, und mit wie saurem Schweiß verdient.“

„Habe ich mir gedacht“, sagte der Justizrat.

„Gedacht? — Das konnte kein Mensch denken, denn mir ist noch gar kein Fall bekannt geworden, daß hier in Kalifornien aus einem Belt irgend etwas gestohlen worden wäre.“

„Und meine acht Dollar?“ sagte der Justizrat, der unter dem „gedacht“ etwas ganz Anderes verstanden hatte.

„Steden mit in dem Beutel“, versicherte der Aktuar — „aber das schadet nichts; setzen Sie da ganz außer Sorge. Kalifornien ist glücklicher Weise ein Land, wo man zweihundert Dollar fast eben so schnell wiedergewinnen wie verlieren kann, und von dem nächsten Golde, das ich finde, zahle ich Sie ehlich bei Heller und Pfennig aus. Ich habe einen ganz vortrefflichen Platz in Angriff genommen, einen der besten Claims in der neuesten entdeckten Flut, wo ich in einem Stück meinen ganzen Verlust ersetzt bekommen kann.“

„Schna — will ich mir wünschen — Morgen!“ sagte der Justizrat und verfolgte langsam seinen Weg.

„Guten Morgen, Herr Justizrat!“ sagte der Aktuar, wobei er höflich seinen Hut abnahm und dann ebenfalls rasch nach der Stadt hinuntereilte. Er war augenscheinlich froh, dem ihm unangenehmen Gespräch entgehen zu sein.

Im Paradies war jetzt von weiter nichts die Rede als von den neueröffneten Reichthümern, die ihnen der „rote Boden“ öffnen sollte. Drei, vier verschiedene, noch nicht ausgeschmückte Ankündigungen gingen augenblicklich als: „Berichte“ an die San Francisco Zeitungen ab und konnten ihren Zweck nicht verfehlen, einen Teil der neueröffneten Goldwässer auf diesen Platz aufmerksam zu machen und ihren Strom hierher zu lenken. Ob diese dann ihre Erwartungen erfüllt sahen oder nicht, blieb sich vollkommen gleich, verzehrten sie doch hier wenigstens, so lange sie sich aufhielten und arbeiteten, ihr Geld.

Die Härte des Bodens verhinderte dabei ebenfalls, daß der wirkliche Goldreichtum der neuen Flut so bald erreicht werden konnte, denn wo man in weichen Boden zwei, drei Tage brauchte, um auf die goldhaltige Erde niederzugraben, kamen die Arbeitenden hier in einer vollen Woche, trotz wahrhaft übermäßiger Anstrengungen, noch nicht so weit hinunter. Der „rote Boden“ bestand, wie schon erwähnt, aus einem feingart gewordenen roten, mit kleinen Kiesel- und

Parteitag Einbruch gemacht. Aber beide Behauptungen sind unmaßgeblich. In Abwesenheit des Kollegen Klopff, der zurzeit in Amerika weilt, erklären wir zu der ersten Behauptung folgen-

bes: ad 1) Niemand ist im Vorstand auch nur mit einem Worte der Versuch gemacht worden, Klopff in seiner politischen Betätigung zu hindern. Niemand hat der Vorstand auch nur daran gedacht, von Klopff die Niederlegung seines Mandats zu verlangen. Wahr ist nur, daß Klopff seit langen Jahren durch Ausführung seiner Parteitätigkeit den Geschäften der Verbandsleitung zum großen Teil entzogen ist, trotzdem aber würde der Vorstand auch in Zukunft etwaigen Versuchen, dem Kollegen Klopff oder einem anderen Verbandsbeamten das selbständige Recht der politischen Betätigung zu beschneiden oder ihn auch nur von der diesbezüglichen Pflicht zu entblenden, entschieden entgegenzutreten. Bisher sind in unserem Verband solche Versuche noch nicht gemacht worden. ad 2) Die zweite Behauptung Stubbés föhrt sich wahrscheintlich auf folgende Bestimmung in dem vom Vorstand aufgestellten „Arbeitsplan für die besoldeten Gauvorsteher“: „In allgemeinen sind die Aufgaben und Pflichten des besoldeten Gauvorstehers in der „Geschäftsweisung für die Gauvorstände“ niedergelegt. Mit der erfolgten Aufstellung hat er die Erfüllung aller in der Geschäftsweisung bezeichneten Aufgaben als seinen nunmehrigen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen. Zu diesen allgemeinen Aufgaben treten für den besoldeten Gauvorsteher noch die im folgenden angeführten besonderen Pflichten hinzu.“ Die hier erwähnte „Geschäftsweisung für die Gauvorsteher“ ist zu einer Zeit herausgegeben worden, als der Verband noch keine besoldeten Gauvorsteher hatte. Zu jener Zeit verrichteten die Gauvorsteher ihre Tätigkeit ehrenamtlich nach Feierabend. Als später mit der Aufstellung besoldeter Gauvorsteher begonnen wurde, wurde für diese als Ergänzung der selbständigen „Geschäftsweisung“ noch der besondere „Arbeitsplan“ herausgegeben und darin ausgeprochen, wie vorstehend zitiert, daß der besoldete Gauvorsteher — im Gegensatz zu dem nichtbesoldeten! — die Erfüllung aller in der Geschäftsweisung bezeichneten Aufgaben nunmehr als seinen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und Tätigkeit zu widmen habe. Nach unserer Meinung kann nur böshafter Wille diesem Satz unterstellen, daß damit den besoldeten Gauvorstehern die Freiheit der politischen Betätigung genommen oder zu nehmen beabsichtigt sei. Wir verwahren uns dagegen, daß wir zu besoldeten Gauvorstehern etwa Anwartschaften wählen, oder daß sich unter den Bewerbern um die vom Verband zu vergebenden Posten überhaupt Kollegen finden würden, die sich um den Preis der Anstellung ihrer staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten begeben würden. Wir halten uns verpflichtet, eine solche Unterstellung im Namen aller Beamten unseres Verbandes zurückzuweisen. Stuttgart, 27. September 1905. Der Verbandsvorstand.“ — Auf diese Erklärung bemerkt nun Gen. Stubbé-Hamburg folgendes: „In der Meißner hatte Genosse Fischer auf dem Parteitag ausgeführt, daß es Gewerkschaften gebe, die ihren Beamten verbieten, für die Partei tätig zu sein. Diesem Widerspruch Genosse Schmidt, indem er u. a. ausführte: „Ich erinnere nur an die umfangreiche politische Betätigung, die der alte Metallarbeiterführer Scherm als Gewerkschaftsmittglied ausgeübt hat. Ich erinnere weiter an die bekannte politische Tätigkeit des Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes Klopff. Als einmal in meiner Gewerkschaft der Gedanke aufkam, dem Genossen Klopff diese Tätigkeit zu untersagen, bin gerade ich aufs entschiedenste dagegen eingetreten.“ Zu diesen Ausführungen habe ich dann darauf hingewiesen, daß von einzelnen Vorstandsmitgliedern dem Genossen Klopff es anstandslos schwer gemacht worden sei, seine politischen Mandate auszuüben. Als Beweis dafür verweise ich auf die Kommissions- und Verbandsstagesverhandlungen des Holzarbeiter-Verbandes in Södingen und Mainz, wo meine Behauptungen mehr als bestätigt wurden. Aber auch Genosse Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses vom Holzarbeiter-Verbande, erklärte selbst auf dem Parteitag: „Als einmal in meiner Gewerkschaft der Gedanke aufkam, dem Genossen Klopff die Tätigkeit zu untersagen, bin gerade ich aufs entschiedenste dagegen eingetreten.“ Von dem gesamten Vorstand habe ich nicht geredet, sondern nur von einzelnen Vorstandsmitgliedern, wie dieses auch aus meiner persönlichen Bemerkung gegen Schmidt auf dem Parteitag hervorgeht. Zu meiner zweiten Behauptung beziehe ich mich auf den „Arbeitsplan für die besoldeten Gauvorsteher“, welcher am 19. Januar 1903 herausgegeben wurde, als der Holzarbeiter-Verband schon eine ganze Anzahl festangestellte Gauvorsteher hatte. In diesem Arbeitsplane heißt es: „Mit der erfolgten Aufstellung hat er die Erfüllung

aller in der Geschäftsweisung bezeichneten Aufgaben als seinen nunmehrigen Beruf anzusehen und ihr seine ganze Zeit und volle Tätigkeit zu widmen.“ Würde diese Vorschrift in einer Fabrikordnung stehen, so würde man mit Recht dagegen Stellung nehmen. Ganz entsetzlich muß ich mich aber dagegen verwahren, daß mich nur „böshafter Wille“ veranlaßt haben könnte, dem angeführten Satz eine falsche Meinung zu unterstellen. Nur die Ausführungen des Genossen Schmidt veranlaßten mich, die Ausführungen des Genossen Fischer zu bekräftigen und auf die angeführten Tatsachen hinzuweisen.“

Aus Maß und Fern.

Auch das noch! Der Eisenbahndienst hat gegen den früheren Bahnmeister Behle in Schneidemühl, der kürzlich zu 5 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, eine Klage wegen Herausgabe der Gelder angestrengt, die Behle durch den Verkauf der gestohlenen Eisenbahnschienen usw. verschwendet hatte. Es wird angenommen, daß die Gelder in Frankreich untergebracht worden sind.

Blutschande. In Lübbau wurden ein Arbeiter und seine 21 Jahre alte Tochter wegen Blutschande verhaftet, dann auch der Bruder des Mädchens, welchen dieses als den Vater eines von ihr geborenen Kindes bezeichnete.

Der Tauffchein der alten Jungfer. Berliner Blätter berichten: Eine Frau, die, um sich jünger zu machen, einen gefälschten Tauffchein produziert hatte, war wegen Urkundenfälschung vor dem Berliner Landgerichte angeklagt. Frau Katharina Horst ist die Tochter eines verstorbenen adeligen Staatsbeamten, einer Erzieherin; Minister von der Heydt, Geheimrat Delbrück und Frau Minister v. Hobelesch sind ihre Taufzeugen gewesen. Als verwaistes altes Fräulein mit einem Vermögen von 160 000 Mk. ging sie vor zwei Jahren mit einem Holländer namens Francis Horst die Ehe ein, der sich Plantagenbesitzer und Naturheiler nannte. Er ließ sich das halbe Vermögen verschreiben, brachte es durch und behandelte dann die Frau schlecht. Im Verlaufe des Scheidungsverfahrens erstattete der Mann gegen die Frau die Strafanzeige wegen Urkundenfälschung. Sie hatte bei dem künftigen Aufgebote einen gefälschten Tauffchein vorgelegt, in welchem sie aus weiblicher Schwäche und Eitelkeit, um vor ihrem Verlobten jünger zu erscheinen, das Geburtsjahr 1852 in 1859 umgewandelt hatte. Der Standesbeamte erwiderte die Fälschung, worauf ein anderer Tauffchein beigebracht wurde. Sie gestand dann ihrem Ehemann, was sie getan und er verzicht ihr. Das Gericht erkannte auf 1 Tag Gefängnis.

Revision hat der zum Tode verurteilte Mörder Bütcher in Hannover eingelegt.

Ungetreuer Postbote. In Wewer bei Paderborn ist der Postbote Müller nach Unterschlagung eines Geldbriefes über 10 000 Mk. fälschlich geworden.

Freveltat. Auf einen von Essen abgefahrenen Personenzug wurden Revolverkugeln abgegeben. Eine Dame wurde verletzt.

In den Tod. Aus der Marziger Frauenanstalt bei Trier entlieh der fünfzigjährige Geisteskranke Schmitt. Er stürzte auf der Flucht von einem Felsen herab und war sofort tot.

Schmugglerlos. Ein österreichischer Schmuggler wurde in der Nähe der Grenze bei St. Boltau von einem russischen Soldaten erschossen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall. In eine gräßliche Lage geriet am Dienstagabend im Hauentunnel zwischen Olten und Basel ein älterer Bahnwärter namens Thöni. Auf einem Dienstgang durch den Tunnel geriet der Mann mit einem Fuß in eine Weiche, die sich so fest zumachte, daß sich der so Gefangene nicht mehr freimachen konnte. Es war ein Zug von Basel fällig. Der Bahnwärter wachte das, und in seiner Todesangst machte er vergebliche Anstrengungen. Doch umsonst; der Fuß blieb eingeklemmt und der verderbbringende Schnellzug donnerte näher und näher. Nach ein Augenblick des höchsten Todeschreies, und die Räder rollten über den Unglücklichen hinweg. Ein Dienstreifer fand ihn bald hernach erschrecklich verstümmelt in seinem Blute; beide Beine und eine Hand waren ihm abgerissen, dazu hatte er schwere Verletzungen am Kopfe erlitten. Trotzdem war er noch am Leben und bei vollem Bewußtsein, so daß er den schrecklichen Vorgang mit allen Einzelheiten erzählen konnte. Dann aber war seine Kraft erschöpft, und er verschied alsbald. Es war ein tüchtiger und gewissenhafter Mann,

der den gleichen Dienst schon seit vierundzwanzig Jahren versehen hat.

Schweres Eisenbahnunglück. Freitag Nacht entgleiste ein nach Wladivostok gehender Personenzug. 27 Personen wurden getötet und 35 verwundet.

Ein verhängnisvoller Felssturz. Aus New York wird gemeldet: In der Nähe eines Schieferbruchs in Westchester fand ein Erdbeben statt; mehrere tausend Tonnen Felsgeröl stürzten in den Fluß und begraben die dort beschäftigten Arbeiter unter sich. Arbeiter eines benachbarten Steinbruchs leisteten den Bergungsläden die erste Hilfe. Bisher wurden 17 Leichen geborgen. Man nimmt jedoch an, daß noch mehr Tote sich unter den Trümmern befinden.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Vilh. Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 120 Mk.) ist schon das 27. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Gießen: Essen. — England und Japan. — Im Namen des Königs. — Not. — Patriarche Sührer. — Bruno Buchwald: Die Ausbreitung in der Elektroindustrie. — Albert Südekum: Die „Große Berliner“. — Georg Berngard: Der Kongress der Sozialpolitiker. — Franz Mühs: Der VII. Internationale Arbeiter-Versammlungs-Kongress. — Vilh. Braun: Weibliche „Heldin“. — Kurt Eisner: Wie ich in Blühnjee verbrachte. . . Erinnerungen aus meiner Strafvollzugszeit.

„Die Hohenzollern-Legende.“ Diese Kulturbilder aus der preussischen Geschichte liegen bis Heft 23—25 vor. Im Heft 24 beginnt das 10. Kapitel; „Die Anfänge des Kapitalismus“, in dem der Verfasser behandelt: 1) Charakter Friedrich Wilhelms I. — Die Monarchie als Vorkämpferin des Kapitalismus. 2) Bevölkerungszahlen um 1700 und neue Einwanderungen. — Die ersten Großstädte. — Zwei Jahrzehnte reiner Industriepolitik. — Das Programm der Sozialpolitik der Landwirtschaft und der Industrie als bleibendes Ergebnis. 3. Landwirtschaftlicher Großbetrieb. — Die Dorfschule und der Schulwaag. — Handwerker als Lehrer. — Großbetrieb in der Stadt. Anfang der Frauenarbeit. — Ein Justizausgesetz gegen die Gefellenverbände. Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen zu 20 Pf. und ist noch von Heft 1 an durch jede Parteibuchhandlung zu beziehen.

Bürgertafel.

Zu libedischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

- Oberpostkammer Variels. Arbeiter Bremer. Brothändler Bremer. Generalvertreter Böck. Kaufmann Bornhöfft. Arbeiter Crufe. Kaufmann Daniels. Handlungslehre Dohrendorf. Zigarrenfabrikant Dose. Elementarlehrer Dose. Arbeiter Dramm. Tischlergeselle Dümmler. Arbeiter Dülfer. Kattcher Eggert. Wollwäcker Ehlers in Sterkrade. Bildhauer Erdmann. Klempnergeselle Erdmann. Schneidergeselle Ecker. Tabakspinner Freyher. Kaffeebohnen bei der Spar- und Anleihekasse Gotthardt. Müllergeselle Grimm. Arbeiter Groth. Tabakspinner Groth. Domänenpächter Gahl in Moikling. Polizei-Hauptmann Grünweller. Assessor Hartwig. Tabakspinner Hattenbach. Arbeiter Hecht. Geschäftsführer Helm. Schlachtergeselle Hinrichs. Handlungsgehilfe Hoeft. Malergeselle Jaeger. Privatmann Jahn. Lagermeister Jappe. Koch Jesabed. Arbeiter Kanis. Schneidergeselle Köpke. Zimmergeselle Krenyfeld. Arbeiter Kuller. Schmiedegeselle Krüger. Hülfarbeiter bei der Ortskrankenkasse Lorenz. Malergeselle Lüth. Handlungsgehilfe Lüthgens. Arbeiter Mahnde. Schneidergeselle Martens. Buchhalter Müller. Arbeiter Müller. Schneidergeselle Mühlhahn. Töpfer Meißel. Tischlergeselle Ohs. Schneidergeselle Prahl. Felsur Busch. Arbeiter Raade. Handlungsgehilfe Ritter. Arbeiter Rosemann. Privatmann Ruten. Schmiedegeselle Scherz. Buchhalter Schmidt. Bureauassistent bei der Ortskrankenkasse Schröder. Kaufmann Schwabroß. Schlosser Seemann. Güterbodenarbeiter Sommer. Abteilungs Ingenieur a. D. Stahr. Arbeiter Strohlitz. Arbeiter Strauß in Moikling. Arbeiter Wedder. Schlossergeselle Witten. Arbeiter Wernsd. Kaufmann Wessel. Feuerwehmann Wodrig. Fahrmann Zieffern.

Dieselben haben am 27. September 1905 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Quarzspäden untermischten Ton, und die schwere Spighede, von dem kräftigsten Arm geschwungen, konnte kaum einen Zoll tief in die Masse hineingedrückt werden.

Aber was half's. Die Leute hatten das schwere Stück Gold gesehen, oder es — noch schlimmer — beschreiben hören, und waren jetzt wie vorstehen darauf, ähnliche Brocken zu Tage zu bringen, was sie auch im Schwärze ihres Lagerstätten dasuch graben mußten. Nicht war die Schatzarbeit so beschaffen, während sie an anderen Stellen eben nur auf gut Glück einzufragen mußten und sich ihres Erfolges nicht halb so sicher wußten, wie hier.

Fischer, der sich schon lange in den verächtlichen Minen herumgetrieben, hatte sich übrigens nicht verleben lassen, sein Glück im „roten Boden“ zu versuchen. Er arbeitete mit drei Bekannten zusammen an dem oberen Teil des Lagerstätten, wo sie gerade keine brillanten Schätze, aber doch, was man in den Minen „recht guten Erz“ nannte, machten und etwa fünf bis sechs Dollar per Tag verdieneten. Johnny hat ebenfalls irgendwo in den Höhlen ein kleines Klipp, den er gepulst hat. Da er sich aber die nächsten Absende nicht in den Erzsteinen sehen ließ, schloß er seine Klammern, daß er noch nicht viel gefunden haben konnte. Sie wußten nicht, daß er an jenem Abend, wo er dem Spieler folgt, sein ganzes ererbtes Vermögen — etwa hunderttausend Dollar — an diesen verloren hatte.

Eine volle Woche war solcher Art verstrichen und weiter nichts Schöneres vorgefallen, als daß eine große Anzahl von Goldwäschern aus den benachbarten Minen eintraf, um die verschütteten Schätze des Paradieses zu erlösen zu helfen, ja sogar schon von den Fremden die Beute zu erlösen, die von den großen Klipp (in California bedeutet das Wort Klipp) davoll, was man in Australien nicht mag ver-

stehen — einen tüchtigen Klumpen gebiegenes Gold) gehört hatten, und dessen Geburtsort ebenfalls für einen passenden Platz hielten, ihre Arbeiten zu beginnen.

Zu gleicher Zeit durchlief aber ein anderes Gerücht die Minen, und zwar das, verschiedener in der Nachbarschaft verlebter Minen, deren Ueberreste man in den zahlreich verkommenen Amerikanern wie in englischen Deportierten suchte. Die Amerikaner erzählten sich nämlich, daß von Sidney in Australien ein ganzes Schiff mit dortigen deportierten Verbrechern, welche die australischen Kolonien nicht landen wollen lassen, in San Francisco angekommen wäre und jetzt verbrochen: Fracht über ihr Land ergossen hätte.

Schiff aus Australien waren allerdings gelandet, und daß sich mancher in früheren Jahren Deportierte darauf begeben, daß sich denken, wenn auch die Erzählung mit dem Verbrechensschiff nur in die Fabelwelt gehörte. Nichtsdestoweniger wurde sie von den Amerikanern fest geglaubt, und einzelne in den letzten Minenstädten gebliebene Bergarbeiter der Amerikaner beschäftigten sich schon auf das Ernstlichste mit dem Plane, die „Ausländer“ oder Fremden aus den Minen zu vertreiben, oder doch vor der Hand zu „entwaffnen“ und dadurch unschädlich zu machen.

In all diesen Bergbauarbeiten sprach sich dabei ein besonderer Feind gegen die Engländer, Irländer und Amerikaner aus, denen man all ihre begangenen Untaten zur Last legte, und nur die vollkommenste Ruhe und Sicherheit, die im „Paradies“ zu herrschen schien, hatte, mit dem neuen Interesse für den „roten Boden“, bis jetzt die höchsten Amerikaner abgeholt, dem Beispiel einiger anderer Minenstädte, wie z. B. Coonara, zu folgen. Dort waren nämlich allerdings

die Fremden entworfen und sämtliche Mexikaner aus dem Bereiche der dortigen Minen vertrieben worden.

Der Aktende nahm an allen diesen Verhandlungen keinen Teil, denn wie er auch als Friedensrichter gerade von den Fremden zu großen pekuniären Vorteilen, um sich den leichtsinnig selber zu verschaffen. Wunderbarer Weise mußte er sich aber mit den drei Amerikanern, die zuletzt im „roten Boden“ das Gold gefunden hatten, und mit denen er damals sehr intim waren, bescheiden haben. Er ging ein paar Mal zu ihnen hinaus, und es war dann, selbst in ihrem tiefgegrabenen Loch, in das er hinabgestiegen, zu heftigen Debatten gekommen, die aber jedesmal augenblicklich abgebrochen wurden, sobald ein Fremder an den oberen Rand blickten trat. Nach jedem solchen Streit lehnte dann der Friedensrichter mit einem sehr dicken roten Kopfe in sein Bett zurück, und die drei Amerikaner sangen mit lauter Stimme hinter ihm drein:

O Susannah — don't you cry for me,
I go to California, with a washbowl on my knee!
Ihre Grube hatten sie dabei zwölf Fuß tief ausgegraben, ohne daß ein weiteres Resultat, was sie dabei gefunden, bekannt geworden wäre. Das Wunder war allerdings niemanden, denn die Goldwäscher hatten das fast immer sehr geheim. Was aber die Leute wunderte und auch ruhig machte, war, daß sie eines Morgens nicht mehr an ihrem Arbeitsplatze erschienen, und es lief plötzlich ein dummer Gerücht durch den „roten Boden“, daß sie an einem der benachbarten Bergwerke begonnen hätten zu graben, anstatt ihre beiden noch reservierten Claims rechts und links von dem ausgegrabenen in Angriff zu nehmen. (Fortsetzung folgt.)